

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 140

SOMMER 2000

DM 1,-

## China: Bergarbeiter-Aufstand gegen „Marktformen“



Workers Vanguard



Wo-Lap Lam/Asiaweek

**Links: Migranten vor Bahnstation in Shanghai. Rechts: Staatliche Autofabrik in China. Arbeiter in Staatsbetrieben sind an vorderster Front im Kampf gegen Verwüstungen durch „Marktformen“. Kampf für gleiche Rechte für Wanderarbeiter ist zentral für die Einheit der Arbeiterklasse und ein wichtiges Bindeglied zu den Bauernmassen**

Als im April Berichte über einen Aufstand entlassener chinesischer Bergarbeiter Ende Februar in der Stadt Yangjiazhangzi bekannt wurden, zeigten sich die internationalen kapitalistischen Medien alarmiert über wachsende Arbeitskämpfe in China. In einem Leitartikel der *New York Times* (7. April), dem Sprachrohr der US-Bourgeoisie, wurde zynisch eingestanden, dass „die gegenwärtige Phase des Verkaufs der staatlichen Fabriken und Bergwerke für viele langjährige Beschäftigte Elend bedeutet“, und Beijing wurde mit erhobenem Zeigefinger darauf hingewiesen, dass es „die Lehren aus Yangjiazhangzi beachten solle“. Die imperialistischen Herrscher sehen zu Recht im Widerstand des chinesischen Proletariats gegen das verheerende Wüten der „Marktformen“ das Haupthindernis für ihre Pläne für die kapitalistische Rückeroberung des deformierten Arbeiterstaats China.

Das Ausmaß des Arbeiterwiderstands wurde deutlich

durch die Revolte von 20 000 Arbeitern und ihren Familien in Yangjiazhangzi, 300 Kilometer nordöstlich von Beijing. Der Aufstand begann, als sich Arbeiter einer riesigen Molybdän-Mine, die im November geschlossen worden war, in Massen vor der Bergwerkszentrale versammelten und forderten, wegen der armseligen Abfindung – umgerechnet etwa 68 US-Dollar für jedes Dienstjahr im Bergwerk – die Bergwerksdirektoren zu sprechen. Die Manager kamen jedoch nicht, und eine Rede des Bürgermeisters der Stadt erboste die Arbeiter nur noch mehr. Die Bergarbeiter und ihre Familien gingen auf die Straße, bauten Barrikaden und steckten Autos in Brand, schlugen die Fenster von Regierungsgebäuden ein und entzündeten Ölfässer.

Die Behörden gingen vorsichtig vor, aus Furcht, die Arbeiter könnten sich entscheiden, die Dynamitvorräte des Bergwerks zu ihrer Verteidigung zu nutzen. Zwei Tage lang

*Fortgesetzt auf Seite 11*

**Für bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution!**

**Für proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen!**

N.Y. SPARTACIST LEAGUE  
P.O. BOX 3381  
CHURCH ST. STATION  
NEW YORK, NY 10008  
212 - 267-1025

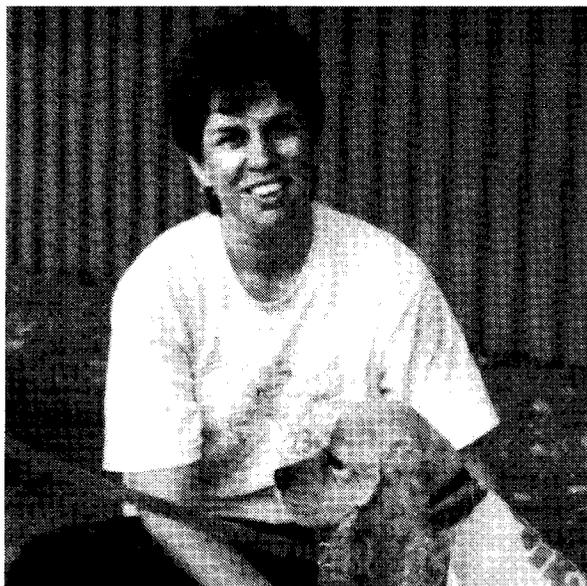
Am 9. Mai, einen Tag vor ihrem 46. Geburtstag, starb Mary Van De Water-Quirk, die 13 Jahre lang Organisatorin der Chicagoer Ortsgruppe unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. war, nach einem vierjährigen Kampf gegen Gallengangkrebs. Die Dauer ihrer Tätigkeit als Parteiorganisatorin in einer Stadt, in der die grausamen Widersprüche rassistischer amerikanischer kapitalistischer Herrschaft am konzentriertesten zum Ausdruck kommen, und ihr Kampf gegen diese Art der Krankheit, die normalerweise rasch zum Tod führt, sprechen Bände über ihre Hartnäckigkeit und ihren Willen.

Nur drei Monate, nachdem sie sich der Spartacus Youth League angeschlossen hatte, wurde Mary SYL-Organisatorin in der kalifornischen Bay Area.

1981 kam sie nach Chicago, und nach einem kurzen Einsatz als Jugendorganisatorin wurde sie 1983 Organisatorin der Ortsgruppe der Spartacist League und blieb auf diesem Posten, bis die kräftezehrende medizinische Behandlung ihr dies unmöglich machte.

Ihre führende Funktion erfüllte sie während der politisch schwierigen Jahre unter Ronald Reagan und später unter dem „Tod-des-Kommunismus“-Triumphalismus der Bourgeoisie. Doch rekrutierte die Chicagoer Ortsgruppe regelmäßig Jugendliche, formte sie zu Kadern und versetzte sie an andere Orte, wo sie nicht selten in der Lage waren, wichtige und oft führende Rollen zu spielen. Sie war einer der besten Organisatoren, die die Internationale Kommunistische Liga je hatte. Sie steht in der stolzen

## Mary Van De Water-Quirk



Quirk-Familie



**1954 – 2000**

Tradition des Inbegriffs eines bolschewistischen Organizers, Jakob Swerdlow.

Marys Talente standen zur Verfügung der Partei. Sie war einer der zentralen Organisatoren der Demonstrationen gegen den Ku Klux Klan im November 1988 in Philadelphia und in Springfield, Illinois am Martin-Luther-King-Day 1994. Ihr politischer Schwerpunkt lag auf der Frage der Schwarzen und deren Bedeutung für die amerikanische sozialistische Revolution. Die Leidenschaft und Menschlichkeit, mit der sie dies anging, waren beträchtlich. Die Wohnung, die sie mit ihrem Ehemann Kevin Quirk teilte, einem Mitglied der Ortsgruppe 241 der Amalgamated Transit Union (ATU – Gewerkschaft der Beschäftigten im Nahverkehr), war ein Zentrum politischer und

sozialer Interaktion mit zahlreichen schwarzen Nahverkehrsarbeitern und anderen Gewerkschaftern, eine einzigartige Erfahrung in der Stadt mit der stärksten Rassentrennung in Amerika.

Mary wird so sehr vermisst, vor allem von ihrer Schwester Karen (auch ein Mitglied der SL/U.S.), ihrem Ehemann und ihrem Vater, aber auch von allen anderen, die sie in der Partei und außerhalb kannten. Sie bleibt in unserer Erinnerung als eine verdammt gute Kommunistin, eine Kämpferin und eine Freundin. Bis zum Ende kämpfte sie für ihr Leben und für unsere Partei und wir verneigen uns vor ihr. Am besten ehren wir sie dadurch, dass wir den Kampf für eine sozialistische Zukunft fortsetzen.

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer  
Produktionsleiter: Derek Lemur  
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10247 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 140

SOMMER 2000

### Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
[www.icl-fi.org](http://www.icl-fi.org)

### KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

# Linksruck in Trouble über „Staatskapitalismus“

Die Spartakist-Jugend intervenierte am 2. und 3. Juni bei den Rosa-Luxemburg-Tagen von Linksruck und führte dort spannende (auch hitzige) Diskussionen darüber, was der richtige Weg ist, Sozialismus weltweit zu erkämpfen. Jeder auf dem Kongress merkte, dass Linksruck eine Krise plagt. Häufig sagten uns Linksruckler, dass sie es satt haben, von einer Kampagne zur nächsten zu rennen, weil das keine Resultate bringt, und Jugendliche, die sie heute gewinnen, werden bei der nächsten Kampagne verheizt und treten aus. Was steckt hinter dem wilden Aktionismus von Linksruck? Weshalb kann Linksruck die Erwartungen vieler Mitglieder, die glauben, sie seien in einer revolutionären Organisation, nicht erfüllen?

Im September 1998 rief Linksruck dazu auf: „Wählt SPD – ohne Illusionen“ (*Linksruck*, September 1998). Zwei Jahre schon regiert die SPD. Viele Arbeiter und Jugendliche verloren Illusionen in die SPD, denn kaum an der Macht, führte sie den ersten Krieg des deutschen Imperialismus, seit die heldenhafte Rote Armee 1945 das Nazi-Regime zerschlug. Und kaum hatte der Bombenkrieg gegen Serbien mit der Besetzung des Kosovo durch imperialistische Truppen geendet, führte die SPD Angriffe auf die Arbeiterklasse, indem sie Löhne, Renten, Krankenpflege und öffentliche Bildung drastisch beschneidet und den rassistischen Abschiebeterror verstärkt. In dieser Situation sagt Linksruck: „Die Regierung muß sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht“ (*Linksruck*, 24. Mai). Als ob sie das nicht schon längst getan hätte! Die SPD herrscht für den deutschen Imperialismus!

Wir warnten 1998, dass SPD und PDS rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer sind. Wir riefen dazu auf, diesen Parteien keine Stimme zu geben. Die SPD/Grünen-Regierung ist eine kapitalistische Regierung. Sie kann nicht durch „Druck von unten“, wie Linksruck das immer wieder fordert, im Interesse der Arbeiterklasse, der Jugend, der Unterdrückten handeln. Die SPD verwaltet den kapitalistischen Staat, mit seiner Polizei, seiner Armee,

seinen Gerichten und Knästen. Er ist dazu da, die Macht der ausbeutenden Bourgeoisie gegen die ausgebeutete Arbeiterklasse zu verteidigen. Wie der russische Marxist und Führer der Oktoberrevolution 1917, W. I. Lenin, uns lehrte, kann das Proletariat sich den bürgerlichen Staat nicht zunutze machen; er muss in einer sozialistischen Revolution zerschlagen und durch Arbeiterräte ersetzt werden, kurz – durch die Diktatur des Proletariats.

Der gewichtigere Grund für die Krise von Linksruck, die sich weltweit durch seine Schwesterorganisationen zieht, ist die Konterrevolution, die 1990 in der DDR und 1992 in der Sowjetunion den Kapitalismus wieder einführt. Sie ist der Grund für neue imperialistische Kriege, hohe Arbeitslosigkeit, Armut, rassistischen Terror, Angriffe auf Frauenrechte und das Anwachsen der Nazi-Mörderbanden. In Frankfurt hatten wir Displays, die mit Fotos und Zeitungsausschnitten zeigten, wie unsere Internationale gegen die Konterrevolution gekämpft hat. 1989, als das stalinistische Honecker-Regime zusammenbrach, intervenierten wir in der DDR, um die Arbeiterklasse im Kampf für ein Rotes Rätendeutschland zu führen. Das heißt, dass wir für proletarisch-politische Revolution im Osten waren, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen und die Planwirtschaft der DDR durch Kontrolle von Arbeiterräten wieder zu beleben. Im Westen waren wir für die Enteignung der Bourgeoisie durch sozialistische Revolution. Die Volkskammerwahlen vom März 1990 waren ein Referendum über kapitalistische Wiedervereinigung. Wir führten mit all unseren Kräften eine Wahlkampagne „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ Die Intervention unserer Internationale in der DDR basierte auf unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen innere und äußere Konterrevolution.

Viele Linksruckler schauten interessiert auf unsere Displays, die zeigten, wie am 3. Januar 1990 250.000 Menschen auf der von uns initiierten Kundgebung gegen die faschistische Schändung des Berliner Treptower Ehrenmals

Fortgesetzt auf Seite 4



Vorgängerorganisation von Linksruck bejubelt die konterrevolutionären Jelzin-Barrikaden August 1991 in Moskau.

Wir von der IKL intervenierten in Moskau für die Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats: „Sowjetische Arbeiter! Nieder mit der Jelzin-Bush-Konterrevolution!“



## Linksruck in Trouble...

Fortsetzung von Seite 3

kamen. Diese Kundgebung war prosovjatisch und prosozialistisch. Auf der Tribüne gab es einen politischen Kampf zwischen uns Trotzlisten, die für die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten kämpften, und der stalinistischen SED-PDS. Erschreckt durch die Möglichkeit einer gegen sie gerichteten politischen Revolution entschied sich die stalinistische Bürokratie, einschließlich Gorbatschow, die DDR in die kapitalistische Wiedervereinigung zu treiben. Lest dazu unser *Spartakist*-Extrablatt „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“ vom 4. April, in dem unser Genosse Steffen lebhaft über diesen Kampf berichtet.

Viele Linksruckler sahen an unserem Büchertisch erstmals, dass nicht alle in der DDR für Wiedervereinigung waren, wie ihnen in der Schule erzählt wird. Mancher war erstaunt, zu lesen, dass der Vorläufer von Linksruck, die SAG, über die Konterrevolution in der DDR schrieb, „daß der Sturz des SED-Regimes auch dann ein Sieg der unterdrückten Massen bleibt, wenn die unmittelbaren Nutznießer des Umsturzes in den Reihen des westdeutschen Kapitals zu suchen sind“ (*Klassenkampf*, Oktober 1990). Als 1991 in der Sowjetunion die Konterrevolution ihr schmutziges Haupt erhob und Boris Jelzin, unterstützt vom US-Präsidenten und von Helmut Kohl, Barrikaden vor dem Moskauer Weißen Haus errichtete, jubelte die SAG: „Der Kommunismus ist gescheitert“, deklarieren unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte“ (*Klassenkampf*, September 1991). Nicht gerade erfreut waren die Linksruckler, denen wir das zeigten. Einer aus Kiel meinte empört, dass er selbst Kommunist sei und so etwas nie unterschreiben würde. Wir berichteten darüber, dass unsere Genossen in der Sowjetunion die Arbeiter Moskaus aufriefen, die Jelzin-Barrikaden wegzuräumen und somit den Weg frei zu machen für eine proletarisch-politische Revolution, die die stalinistische Bürokratie hinwegfegt und durch die Herrschaft von Arbeiterräten ersetzt.

### Spartakist-Veranstaltung

#### China: Bergarbeiter-Aufstand gegen „Marktreformen“

- Für bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution!
- Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie!

#### HAMBURG

Mittwoch, 12. Juli, 19 Uhr

Werkstatt 3, Seminarraum, Nernstweg 32–34  
(S-Bahn Altona)

Kontakt: (0 40) 32 36 44

#### BERLIN

Sonabend, 15. Juli, 16 Uhr

Café Campus, Technische Universität  
(U-Bahn Ernst-Reuter-Platz)

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Einige verzweifelte Kader von Linksruck begründeten ihre Unterstützung für die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion damit, dass diese Länder auch kapitalistisch gewesen seien und dass die stalinistische Bürokratie, genau wie die deutsche Bourgeoisie, eine ausbeutende Klasse sei. Aber wenn die DDR 1990 von einer Form des Kapitalismus in eine andere überging, warum dann so viel industrielle Verwüstung, solch eine Massenarbeitslosigkeit? Ein Jugendlicher der österreichischen Linkswende gestand uns, dass er gerade das Buch des kürzlich verstorbenen Tony Cliff, *Staatskapitalismus in Russland*, lese und es nicht verstehe. Diese „Theorie“ hat auch nichts mit der Realität zu tun. Sie rechtfertigt die Unterstützung von Konterrevolutionen in deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten. Tony Cliff „entdeckte“, dass die Sowjetunion kapitalistisch sei, als der Kalte Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion 1950 in Korea zu einem heißen Krieg wurde. Cliff bediente sich des „Staatskapitalismus“, um vom revolutionären Marxismus zu desertieren und vor der antikommunistischen Führung der Labour Party zu kapitulieren. 1950 wurde Cliff aus der Vierten Internationale ausgeschlossen, weil er sich öffentlich gegen die Verteidigung des sowjetisch unterstützten Nordkorea gegen den amerikanischen und britischen Imperialismus stellte. Seine Organisation saß damals in der regierenden Labour Party, die sich hinter den USA einreichte und Truppen schickte, um die Errichtung eines deformierten Arbeiterstaats in Korea zu verhindern. Dieser Krieg war auch gegen die Chinesische Revolution von 1949 gerichtet. *Vier Millionen* Koreaner und Chinesen wurden von den Imperialisten in diesem Krieg ermordet und ganze Städte, darunter Pjöngjang, wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Je klarer die katastrophalen Ergebnisse der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa werden, desto schwieriger wird es für Linksruck, seine Unterstützung für die Konterrevolution als etwas Sozialistisches zu verkaufen. „Warum aber haben die Arbeiter den Arbeiterstaat nicht verteidigt?“, fragten viele. Im Artikel „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse‘“ im aktuellen *Spartacist* (deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000) schreiben wir: „Eine geplante sozialistische Wirtschaft wird *bewusst* aufgebaut und ihr Fortbestehen ist untrennbar mit dem politischen Charakter der Staatsmacht verbunden, die diese schützt. Die Tatsache, dass das sowjetische Proletariat die Konterrevolution nicht bekämpfte; zeugt von der systematischen Zerstörung des proletarischen Bewusstseins durch die Bürokratie.“ Ihr solltet unbedingt diesen Artikel lesen.

Fortgesetzt auf Seite 25

### SPARTACIST

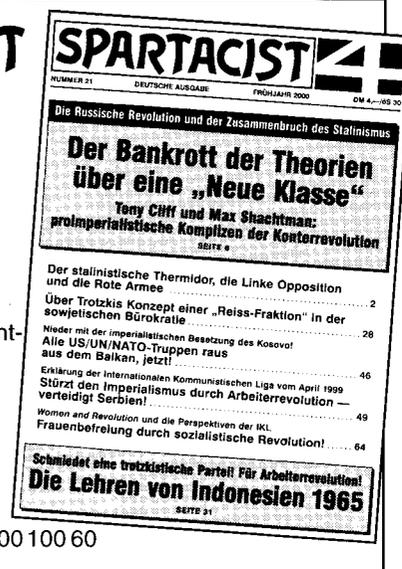
#### Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe  
Nr. 21, Frühjahr 2000

DM 4,-  
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 5 55  
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60



# Frauen und Revolution



## Polen: Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus der aktuellen Ausgabe von Platforma Spartakusowców (Nr. 11, Frühjahr/Sommer 2000), herausgegeben von der Spartakusowska Grupa Polski, der polnischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

In der kleinen Stadt Lubliniec in der Nähe von Czeszochowa drangen Polizisten am 25. Januar um 18.30 Uhr gewaltsam in die Praxis eines Gynäkologen ein, gerade als Ärzte dabei waren, eine Abtreibung zu Ende zu führen. Die

### Platforma SPARTAKUSOWCÓW

Patientin, eine ungefähr 40-jährige Mutter von vier Kindern, sowie ihr Arzt und ihr Anästhesist wurden von den Polizisten verhaftet und die zwei Ärzte müssen jetzt mit Strafanklagen rechnen, bei denen ihnen bis zu drei Jahren Gefängnis drohen!

Dieser brutale Polizeiangriff, der das Leben und die Gesundheit einer Frau während eines chirurgischen Eingriffs in der Privatsphäre der Praxis ihres Arztes bedrohte, unterstreicht die tief gehende Verachtung für Frauen, von der der polnische bürgerliche Staat durchdrungen ist, zehn Jahre nach der Restauration der kapitalistischen Herrschaft, die von der klerikal-nationalistischen Solidarność angeführt worden ist. Auch ist es kein Zufall, dass dieser erste Polizeiangriff auf eine Praxis eines Gynäkologen nicht in einer größeren Stadt durchgeführt wurde, sondern in einer Kleinstadt im wirtschaftlich verwüsteten Kohlerevier von Slask, das von Armut und Massenarbeitslosigkeit geplagt wird aufgrund der Privatisierungswellen, der Grubenschließungen und der umfassenden Zerstörung des Systems der sozialen Absicherung. Die Spartakusowska Grupa Polski sagt: *Weg mit allen Anklagen gegen die Ärzte von Lubliniec! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Wie unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (damals internationale Spartacist Tendenz) während der ganzen 80er-Jahre warnten, war das Verbot der Abtreibung von Anfang an ein zentrales Ziel der klerikal-nationalistischen Solidarność, als sie im August 1980 das Recht der katholischen Kirche forderte, ihre giftige frauenfeindliche Propaganda über den staatlichen Rundfunk und das staatliche Fernsehen zu verbreiten. Solidarność, die gelbe Gewerkschaft für die CIA, den Vatikan und die Banker, mobilisierte die Kräf-

te des zügellosen Klerikalismus und Nationalismus in Polen und half damit, der kapitalistischen Konterrevolution den Weg zu bahnen, die 1990–92 im ehemaligen Sowjetblock triumphierte und den arbeitenden Menschen von Berlin bis Wladiwostok und darüber hinaus unermessliche Verwüstung brachte.

Wie wir im Artikel „Polnische Feministen und die Konterrevolution von Solidarność“ (Platforma Spartakusowców Nr. 10, Herbst/Winter 1999) ausführen:

„Diese welthistorische Niederlage der Arbeiterklasse hat zu einer enormen Zunahme von Angriffen auf arbeitende Frauen geführt, von den Blutsaugerbetrieben in Südostasien bis zum Antiabtreibungsterror in Nordamerika und anderen Ländern, und zu einem noch nie da gewesenen Anwachsen von frauenfeindlichem religiösem Fanatismus und einem Anwachsen der Feinde von elementarem menschlichem Fortschritt in der ganzen Welt.“

Wir Kommunisten von der IKL/SGP haben eine Geschichte von konsequentem Kampf gegen die von Solidarność geführte kapitalistische Restauration. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung Polens und der anderen deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Als kommunistische Kämpfer für die Sache der Arbeiter, Frauen und aller Unterdrückten wollten wir das Proletariat dafür mobilisieren, diese Staaten zu verteidigen – zu deren

Fortgesetzt auf Seite 6



Chelstowski/Forum

Polnische Krankenschwestern protestieren 1999 vor dem Parlament in Warschau gegen geringe Löhne

## Kapitalistische Konterrevolution zertrampelt Frauenrechte

## Polen...

Fortsetzung von Seite 5

Errungenschaften das Recht auf Abtreibung, kostenlose Gesundheitsversorgung und Ausbildung sowie Vollbeschäftigung gehörten –, die eine riesige Eroberung des Proletariats darstellten, die von der Oktoberrevolution 1917 herstammte. Gleichzeitig kämpften wir für eine proletarische politische Revolution, um die korrupten und diskreditierten stalinistischen Bürokratien der UdSSR und Osteuropas zu stürzen, die diese Errungenschaften unterminierten und der kapitalistischen Restauration den Weg bahnten. Dieses Programm ist weiterhin dringend notwendig und die IKL kämpft dafür heute in den verbleibenden deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam, Kuba und Nordkorea.

Im kapitalistischen Polen gibt es eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Elend, das durch massive Privatisierung, Vernichtung der staatlichen Gesundheitsversorgung und Ausbildung sowie Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne hervorgerufen wird. Anstelle von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen, die im Namen der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ abgeschafft werden, kriegen Arbeiter, Frauen und Jugendliche ständig Antikommunismus, religiösen Obskurantismus, Nationalismus und Antisemitismus aufgetischt.

Viele erwarten von den exstalinistischen Sozialdemokraten eine parlamentarische „Verteidigung“ gegen die schlimmsten Missstände des kapitalistischen Elends und der klerikalen Reaktion. Doch als die Sozialdemokraten 1993–97 selber an der Spitze der kapitalistischen Regierung standen, führten sie loyal das gleiche kapitalistische Programm durch wie ihre Vorgänger von Solidarność, und dazu gehörten die Durchsetzung des Abtreibungsverbots, das die Konterrevolution von Solidarność krönte, und die eskalierenden rassistischen Abschiebungen von Roma-Flüchtlingsen.

Wie Marx und Engels vor über 150 Jahren im *Kommunistischen Manifest* bemerkten: Die „moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Die Reglementierung der Arbeiterklasse, der Frauen und Jugendlichen im Dienste von Profiten durch die Förderung von reaktionären sozialen Normen ist das gemeinsame politische Programm von *allen* Flügeln der Bourgeoisie. Als Kommunisten wollen wir den Arbeitern und Unterdrückten zeigen, dass das, was notwendig ist, kein „Regierungswechsel“ ist, sondern eine *sozialistische Revolution* – geführt durch die Arbeiterklasse an der Spitze aller Unterdrückten –, die das verfaulende kapitalistische System selbst wegfegen wird. Die, die arbeiten, müssen herrschen!

### Kämpf für eine leninistische Partei!

Zu denen, die sich heutzutage in Polen selbst „revolutionäre Sozialisten“ nennen, gehören die Gruppe Arbeiterdemokratie (Linksruck in Deutschland), Anhänger des (verstorbenen) prominenten britischen Reformisten Tony Cliff, und die Revolutionäre Linke Strömung, NLR (Revolutionär Sozialistischer Bund in Deutschland), Gesinnungsgenossen des Vereinigten Sekretariats des verstorbenen Ernest Mandel. Diese selbst ernannten „Revolutionäre“ wollen Jugendliche für ihre reformistischen Programme dadurch gewinnen, dass sie (gelegentlich) behaupten, gegen die Unterdrückung von Frauen zu sein und das Recht auf Abtreibung zu verteidigen.

Den bewussten Arbeitern und radikalen Jugendlichen, die vielleicht zum ersten Mal die Glaubwürdigkeit solcher Organisationen überprüfen, sagen wir von der SGP: „Seid auf der Hut!“ Als sich die elementarste Verteidigung der

Errungenschaften der arbeitenden Menschen, darunter das Recht auf Abtreibung, ganz scharf stellte, standen diese Betrüger *auf der anderen Seite der Barrikade*, zusammen mit den schlimmsten Feinden von Frauen: von Papst Karol Wojtyla über afghanische islamische Fundamentalisten bis zu Jelzins orthodoxen Priestern. Seit 1980 jubelten diese „linken“ Gruppen unter dem Banner von antikommunistischer „Demokratie“ genau die klerikal-nationalistischen Kräfte hoch, die die Restauration des Kapitalismus führten und den Staatsterror gegen Abtreibungen und die kapitalistische Verelendung entfesselt haben. Bis zum heutigen Tag bejubeln dieselben Gruppen die reaktionären, Frauenhassenden Fanatiker von Krzaklewskis Solidarność als echte „Gewerkschafter in der Regierung“ (siehe *Arbeitnehmerdemokratie* Nr. 18, Januar 2000)!

Für die Solidarność-Reaktionäre von der AWS/UW-Koalitionsregierung (Wahlaktion Solidarność/Freiheitsunion) ist die Kriminalisierung der Abtreibung nur ein Schritt im Kreuzzug für „Familienwerte“ und den „Kampf gegen den Sittenverfall bei Jugendlichen“. Wie wir nach dem imperialistischen Krieg gegen Serbien (an dem sich Polen aktiv beteiligte) schrieben: „Mit dem Herauspressen von immer größeren Profiten aus der Arbeiterklasse im Namen des kapitalistischen Wettbewerbs geht die Notwendigkeit zur ‚moralischen‘ Reglementierung der Arbeiterklasse einher“ (*Plattform Spartakusowców* Nr. 9, Frühjahr/Sommer 1999). Während die Kapitalisten die Abtreibung verbieten und immigrantenfeindlichen Rassismus, Klerikalismus und Antisemitismus fördern, wollen sie jetzt eine ganze Generation von proletarischen Jugendlichen kriminalisieren, indem sie es auf alles abgesehen haben, von Pornographie über Homosexualität und Rock-Konzerte bis zum Internet.

Als ob sie auf den Ruf ihrer Herren reagieren würden, haben die Pseudolinken von der Mandelschen Splittergruppe NLR II einen losen Block mit der stalinistischen KMP und der morenoistischen GIPR gebildet, um sich explizit *gegen* die Organisierung der Arbeiter im Widerstand gegen diese Angriffe der Bourgeoisie zu stellen. So höhnen sie in ihrem *Bulletin der Opposition* Nr. 1 (Herbst 1999/Winter 2000):

„Das elementare Betätigungsfeld muss die Lebenssituation der Arbeiter sein, die Aktivität in Gewerkschaften. Es darf keine Konzentrierung auf zweitrangige Fragen geben – den nationalen, sexuellen und rassistischen Minderheiten oder den Studenten irgendeine Fähigkeit zuzuschreiben, dass sie Änderungen in diesem System bewirken könnten, ist einfach falsch und unernsthaft.“

Da diese falschen „Revolutionäre“ voll und ganz die bürgerliche Lüge vom „Tod des Kommunismus“ akzeptieren, wenden sie sich von Lenins Lehre in *Was tun?* ab, dass das Ideal für revolutionäre Marxisten „nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muss, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“

Im Gegensatz zu den Pseudolinken, die das reaktionäre Gift der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse „marxistisch“ aufpolieren, folgen wir von der IKL/SGP dem Beispiel von Lenins und Trotzki's Bolschewiki und schreiben stolz den Kampf für die Befreiung der Frauen und aller Unterdrückten auf unser Banner als Teil des Kampfes für neue Oktoberrevolutionen!■

# Rover-Demonstration: Chauvinistische Orgie für britische Bosse

Der folgende Artikel, übersetzt aus Workers Hammer Nr. 172 (Frühjahr 2000), Zeitung der Spartacist League/Britain, befasst sich mit der Entscheidung von BMW, British Rover an das Alchemy-Unternehmen zu verkaufen. Inzwischen ist Alchemy von dem Geschäft zurückgetreten und die BMW-Bosse haben Rover an das Phoenix-Konsortium abgegeben. Wie es mit der Rover-Fabrik in Longbridge weitergeht, ist unklar.

## WORKERS HAMMER

Als Berichte über eine geplante Schließung der Ford-Fabrik in Dagenham bekannt wurden, kündigte die Transport and General Workers Union (TGWU) einen bevorstehenden Streikbeschluss an. Im letzten Oktober führten über 1000 Arbeiter dieser Fabrik, wo fast die Hälfte der Belegschaft Schwarze oder asiatischer Herkunft sind, wilde Streiks gegen rassistische Einschüchterung und gaben so einen Vorgeschmack der sozialen Macht der Arbeiterklasse. Aber die Gewerkschaftsbürokratie arbeitete Hand in Hand mit der Betriebsleitung, um die Streiks zu unterdrücken, im Austausch gegen das Versprechen, dass Komitees zur „Überwachung“ der Gleichstellung der Rassen eingerichtet würden.

In Deutschland unterstützt die protektionistische DGB-Bürokratie die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, so wie die Gewerkschaftsspitzen in Britannien die Labour-Regierung. Sie verkaufte die Arbeiter bei den jüngsten Tarifabschlüssen aus und versucht, mit Laufzeiten von zwei Jahren bis nach den Wahlen 2002 „Klassenfrieden“ für Schröder zu garantieren. Sie schüren mit „Greencard wäre Rote Karte für Arbeitslose“ (Metall, April) Rassismus gegen die SPD-Greencardkampagne, die selbst gegen Immigranten und Asylsuchende gerichtet ist. Und sie peitschen antibritischen Chauvinismus auf. So erklärte der IGM-Betriebsrat von BMW: „Wenn mehr Engländer Rover kaufen würden, dann hätte auch Rover Cars eine Zukunft“ (Die Welt, 20. März). Nieder mit Rassismus und Protektionismus! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die Entscheidung des deutschen Autoherstellers BMW, die 1994 gekauften Rover-Werke zu verkaufen, bedeutet den Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen in den West Midlands, dem Kernland der Fertigungsindustrie in Britannien. Longbridge, die größte Autofabrik in Britannien, die 9000 Arbeiter beschäftigt, soll von dem „Venture Capital“-Unternehmen Alchemy gekauft werden, das die Mehrheit der Arbeiter entlassen und alles verkaufen wird, was profitabel ist,



Workers Hammer

Birmingham, 1. April: Plakate „Rettet unsere Jobs“ von Tony Cliffs SWP dominierten chauvinistische Demo für die „Rettung der britischen Industrie“

und (vielleicht) eine kleine Fabrik zur Sportwagenherstellung am Leben erhalten will. Alchemy kauft auch die Fabrik in Cowley, während die Rover-Fabrik in Solihull von Ford gekauft wird. Ford wiederum droht, dafür seine Autofabrik in Dagenham in der Nähe von London zu schließen, für die erst letztes Jahr Pläne zur Erweiterung vorgestellt wurden.

In der Woche nach der Ankündigung von BMW, sich zurückzuziehen, reduzierte Honda die Produktion in seiner Fabrik in Swindon um 50 Prozent. Die massive Schließungswelle in der Autoindustrie ist ein erneuter schwerer Schlag für das Industrieproletariat. Dies folgt den jahrzehntelangen Arbeitsplatzverlusten, die das Ergebnis von Niederlagen und Verrat an der Arbeiterklasse sind. Die Schiffswerft Harland and Wolff in Belfast hat der ganzen Belegschaft Entlassungsschreiben geschickt. Vor kurzem stellte ein Bericht im Auftrag der General, Municipal and Boilermakers Union (GMB) fest, dass in der Fertigungsindustrie Arbeitsplätze mit dem enormen Tempo von 6000 pro Monat verlorengehen; der Durchschnitt unter den Tories war 4600.

Fortgesetzt auf Seite 18

# Für Klassenkampf gegen die kapitalistische Labour-Regierung!

# Gruppe Spartakus: Lakaien von imperialistischer Anti-Haider-Kampagne der SPD

Die winzige zentristische Gruppe Spartakus (GS) polemisierte in ihrer letzten Zeitung gegen uns darüber, dass wir unsere Einschätzung von Haiders FPÖ geändert haben. In *Spartakist* Nr. 139 (Frühjahr 2000) schrieben wir dazu: „Haider ist ein gefährlicher rassistischer Demagoge, der berüchtigt ist für seine Begeisterung für das Dritte Reich. Aber Haiders FPÖ ist im Grunde eine Wahlmaschine, sie verfügt nicht über die außerparlamentarischen Schlägertrupps, die das Wesen der Faschisten ausmachen und deren Zweck darin besteht, im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wir haben daher die von der SPAD vertretene falsche Einschätzung, dass die FPÖ faschistisch sei, korrigiert.“ Die GS empört sich jetzt darüber, dass wir sie früher in unserer Zeitung angegriffen hatten, weil sie die Republikaner-Nazis nicht als Faschisten charakterisierten: „Aber vielleicht könntet ihr ja auch den Gedanken erwägen, daß die FPÖ schon damals genauso wenig faschistisch war wie die Reps“ (*Bolschewik*, Mai 2000).

Die GS kann Faschisten wie die Republikaner nicht erkennen, wo es sie tatsächlich gibt. Die Reps bauten sich Ende der 80er und Anfang der 90er-Jahre mit Hilfe bewaffneter Banden auf und organisierten diese. Sie verbreiteten Terror gegen die Linke, Immigranten, die Arbeiterbewegung und auch direkt gegen uns. Im Moment organisiert eher die NPD die Nazi-Terrorgruppen, aber wie jeder weiß, gibt es fließende Übergänge und Arbeitsteilung zwischen Republikanern, NPD und DVU und keinerlei Grund, unsere Charakterisierung der Reps als faschistisch zu ändern. Die GS änderte ihre Position 1994 und stellte den

Reps einen Persilschein aus. Das geschah nicht zufällig zur gleichen Zeit, als die SPD ihre Mahnwachen-Lichterketten organisierte und damit versuchte, dem wiedervereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus – durch das sich eine breite Spur von Pogromen, Nazi-Brandanschlägen und Nazi-Terror zog – ein netteres Gesicht zu geben. Die GS trug damit ihren Teil zu dieser sozialdemokratischen Kampagne bei, den deutschen Imperialismus besser aussehen zu lassen.

Die GS und ihre Pseudo-Internationale (Internationale Bolschewistische Tendenz, IBT) besteht aus verbitterten Ex-Mitgliedern unserer Organisation, die sich während des zweiten Kalten Krieges gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten Anfang der 80er-Jahre individuell aus unserer Organisation davonschlichen. Konfrontiert mit wütenden antikommunistischen Kampagnen der SPD gegen die Rote Armee in Afghanistan und für die anti-semitische konterrevolutionäre Solidarność in Polen, entschieden sie sich auszutreten. Die GS und andere Pseudotrotzkisten verbreiten das Zerrbild, dass Trotzismus bedeute, der Sozialdemokratie einen antisowjetischen Treueschwur zu leisten.

Dies wurde besonders deutlich im Herbst 1989 mit der beginnenden proletarisch-politischen Revolution in der DDR. Wir Spartakisten intervenierten 1989/90 in der DDR mit dem Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, und zwar mit allen Ressourcen, die unsere Internationale hatte. Die Alternativen waren klar: Revolution oder Konterrevolution. Nachdem die Nazis das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow geschändet hatten, mobilisierten wir in den Betrieben für eine Einheitsfrontaktion am 3. Januar

1990. Zu dieser prosozialistischen, prosozialistischen Demonstration kamen 250 000. Hier stand unser Programm „Für ein Rotes Rätendeutschland! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ frontal dem der SED/PDS-Führung gegenüber, die ihre Arbeiterbasis in die kapitalistische Wiedervereinigung führen wollte. Die GS wütete hysterisch darüber, dass wir vor der SPD als „Trojanischem Pferd der Konterrevolution“ warnten. Zugleich forderten sie, wir hätten „den Aufruf zur Aktionseinheit auch an die Sozialdemokratie zu richten“ (ihre Hervorhebung, *Trotzkistisches Bulletin*, Mai 1991). Sie wollten sich an die SPD richten, die jahrzehntelang mit Ostbüro und Ostpolitik die DDR unterminierte, gerade zu dem Zeitpunkt die Konterrevolution organisierte und mit Republikanern und anderen Nazis durch die Straßen Leipzigs marschierend „Deutschland einig Vaterland“ grölte!

In dem entscheidenden Moment, wo die Frage von Revolution und Konterrevolution auf der Tagesordnung stand, sprach die GS höhnisch von der „imaginären ‚politischen Revolution‘ der IKI“. Sie erklärten die Stalinisten zum Hauptfeind und lehnten explizit ab, dass das Proletariat eine politische Revolution

*Fortgesetzt auf Seite 23*



AP

**Wien, 19. Februar: Massendemo gegen Haider, doch Stoßrichtung war für SPÖ-Regierung. Sozialdemokraten Westeuropas benutzen FPÖ-Regierungsantritt zur Stärkung der imperialistischen EU**

## Revolutionäres Kontingent von SL/SYC auf Kundgebung in der Bay Area

# Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Mehr als 3000 Menschen versammelten sich am 13. Mai in San Francisco, um den zum Tode verurteilten politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal zu verteidigen, gleichzeitig fanden in Chicago, Philadelphia und anderen Städten kleinere Proteste statt. Eine Woche zuvor füllten ungefähr 6000 Menschen den Madison Square Garden in New York bei einer dortigen Versammlung. Mumias Fall wurde – durch Reden, die in seiner Todeszelle aufgenommen worden waren – auch bei Abschlussfeiern im Antioch College am 29. April präsentiert und fünf Tage später bei einer Gedenkfeier an der Kent State Universität zum 25. Jahrestag der Ermordung von vier Studenten durch die Nationalgarde, die gegen den Vietnamkrieg protestiert hatten.

Viele Jugendliche haben Mumias Fall aufgegriffen, weil sie in dem Kampf für seine Freiheit einen Teil des Kampfes gegen soziale Ungerechtigkeit und rassistische Unterdrückung sehen. Aber die liberalen und reformistischen Organisatoren der Proteste haben die Losungen der Kundgebungen bewusst so formuliert, dass sie Illusionen in das kapitalistische Unrechtssystem schüren. Während eine Hand voll Sprecher auf der Kundgebung in San Francisco die Worte benutzten: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den Gerichten“, erhob niemand Einwände gegen das riesige Banner hinter ihnen, auf dem die Forderung „Ein neuer Prozess jetzt!“ prangte – Propaganda für die Vorstellung, dass Jamal in den kapitalistischen Gerichten, die ein Komplott gegen diesen unschuldigen Mann angezettelt und ihn in die Todeszelle geschickt haben, Gerechtigkeit bekommen wird.

Viele junge Demonstranten in San Francisco fanden in dem Revolutionären Kontingent, das vom Spartacist Youth Club (SYC), der Spartacist League/U.S. (SL/U.S.) und der Labor Black League aufgebaut wurde, genau das, wonach sie suchten. Demonstranten warfen die Plakate, die man ihnen gegeben hatte und die von dem kapitalistischen Unrechtssystem einen „neuen Prozess“ forderten, buchstäblich weg, stapelten sie auf dem Boden und kamen in unseren fast 100 Leute starken Block hinter dem Banner des Partisan Defense Committee (PDC – Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung), auf dem stand: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“

Wie der nachstehend abgedruckte Aufruf des Kontingents des SYC in der

Bay Area klar macht, organisierten die Liberalen und Reformisten – wie z. B. Socialist Action, Workers World Party, International Socialist Organization, Revolutionary Communist Party/Refuse & Resist! – diese Proteste nicht für die Forderung „Freiheit für Mumia“, denn sie streben einen Block mit liberalen Demokraten an, die nicht die Freiheit für einen verurteilten „Polizisten-Mörder“ fordern werden. Diese liberalen kapitalistischen Politiker wollen bloß die peinlicheren Aspekte des Komplott-Prozesses gegen Jamal von 1982 wegsäubern, der auf falschen Anklagen wegen Mordes an einem Polizisten aus Philadelphia basierte. Viele der Demonstranten in San Francisco machten mit, als wir im Sprechchor riefen: „Demokraten und Republikaner lassen die Armen hungern! Für eine Arbeiterpartei, um Klassenkrieg zu führen!“ und „Kapitalismus heißt Rassismus und Krieg! Sozialistische Revolution wollen wir!“

Die Liberalen und Reformisten wollen Jamal zu einem Aushängeschild machen, das illustrieren soll, dass dieses kapitalistische System von Natur aus fair ist. Dies zeigte sich in einer ganzseitigen von prominenten Akademikern unterzeichneten Anzeige in der *New York Times* (7. Mai), die mit den Worten endet: „Während es einige gibt, die glauben, dass Mumia unschuldig ist und jetzt freigelassen werden

*Fortgesetzt auf Seite 10*



Workers Vanguard

**San Francisco, 13. Mai: Revolutionäres Kontingent rief auf zur Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse, um Jamal zu befreien. Gegen liberale Appelle nach „neuem Verfahren“ sagen wir: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!“**

## Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 9

sollte, und andere, die keine Meinung zu seiner Unschuld haben, sehen wir alle gemeinsam in Mumias Prozess von 1982 einen Hohn auf die Gerechtigkeit und bekräftigen, dass er einen neuen Prozess haben MUSS!“ Genauso erzählte der liberale Präsident des Aufsichtsgremiums der Demokratischen Partei in San Francisco, Tom Ammiano, der Menge, Mumia sei „ein Mann, der *vielleicht* unschuldig ist“, wofür er zu Recht ausgebuht wurde.

Auf der Kundgebung „Millionen für Mumia“ am 24. April des letzten Jahres tarnten eine Hand voll von Schmalspur-Arbeiterverrätern wie Jack Heyman vom ILWU-Hafenarbeiter-Ortsverband 10 und Bob Mandel von der Lehrgewerkschaft von Oakland zusammen mit der schleimigen Bolschewik Tendenz (Bolchewistische Tendenz) ihren Aufruf an die Liberalen zur Verteidigung der „Fairness“ der kapitalistischen Gerichte damit, dass sie „Freiheit für Mumia“ an die Forderung nach einem neuen Prozess anhängen. Dieses Jahr war sogar das „linke“ Feigenblatt zum größten Teil verschwunden; wie ein Demonstrant zu einem Verkäufer von *Workers Vanguard* auf der Kundgebung sagte: „Es ist ein Wahljahr, was erwartet man da?“

Die Reformisten ordnen die Frage von Mumias Unschuld und Freiheit ihrem Versuch unter, die Demokratische Partei schmackhafter zu machen und dazu deren Image aufzupolieren, um die Arbeiter besser an ihre kapitalistischen Ausbeuter zu ketten. Das wurde auf einer „Arbeiterkonferenz für Mumia“ am 12. Mai in Oakland klar, die vom Labor Action Committee (Arbeiter-Aktionskomitee) organisiert wurde und den folgenden, von Bob Mandel eingebrachten, Antrag annahm:

„IN ANBETRACHT DER TATSACHE, DASS (Philadelphias Bürgermeister) Ed Rendell zum Vorsitzenden des Nationalen Komitees der Demokratischen Partei ernannt wurde und eine führende Rolle beim Parteitag der Demokraten in Los Angeles im August 2000 spielen wird und

IN ANBETRACHT DER TATSACHE, DASS Ed Rendell der Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia war, als Mumia im Schnellverfahren abgeurteilt wurde, und weiterhin eine aktive Rolle gespielt hat, um seine Hinrichtung zu erreichen...

DAHER WIRD BESCHLOSSEN, dass diese Konferenz Rendells Ernennung verurteilt.“

Mandel, ehemaliger Unterstützer der SL/U.S., langjähriger Spartakisten-Hasser und aufstrebender unterer Gewerkschaftsbürokrat, unterstützt jetzt offen die Perspektive, der Demokratischen Partei ein besseres Gesicht zu geben. Um solche Arbeiterverräter, die für die Demokratische Partei sind, zu entlarven, sagte ein Unterstützer der SL/U.S. während der Diskussion auf der Konferenz vom 12. Mai:

**Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!**

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:

Werner Brand  
Commerzbank Berlin  
Konto-Nr. 590 109 500  
BLZ 100 400 00  
Stichwort „Jamal“



„Damit die Arbeiterklasse ihre Macht ausüben kann, muss sie politisch unabhängig von ihren Klassenfeinden, der Demokratischen Partei, mobilisiert werden.“

### Macht mit beim Revolutionären Kontingent!

Das berüchtigte Komplott gegen Mumia Abu-Jamal symbolisiert, worum es bei der barbarischen, rassistischen Todesstrafe im kapitalistischen Amerika geht. Die kapitalistischen Kräfte von „Gesetz und Ordnung“, vertreten *sowohl* durch die Demokratische als auch die Republikanische Partei, wollen Jamal tot sehen, weil sie in diesem wortgewandten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Sprecher der Black Panther Party die Gefahr einer schwarzen Revolution sehen, ein Symbol für die aufsässige Opposition gegen ihr System der rassistischen Unterdrückung. Sie wollen diesen unschuldigen Mann hinrichten als Warnung an all diejenigen, die gegen Rassismus und brutale Polizeirepression in den Ghettos kämpfen, die die Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung verteidigen, die gegen imperialistischen Massenmord vom Balkan bis zum Irak sind. Das Partisan Defense Committee ruft die arbeitenden Menschen, Minderheiten, Jugendliche und alle Gegner der kapitalistischen Unterdrückung in den USA und der ganzen Welt dazu auf, zu fordern: **Freiheit für Mumia Abu-Jamal jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten! Demonstriert am 13. Mai mit dem Spartacist Youth Club in einem revolutionären Kontingent, das auf diesen Forderungen aufgebaut ist!**

Anstatt Mumias Freiheit zu fordern, haben die liberalen und reformistischen Organisatoren der Demonstration vom 13. Mai ihre Forderungen verwässert, um heuchlerische Politiker von der Demokratischen Partei anzuziehen. Sie sagen nur: „Stoppt die Hinrichtung!“ und „Ein neuer Prozess für Mumia!“ oder „Lasst die Beweise sprechen!“ **Lasst euch nicht von der verwässerten Politik der Organisatoren dieser Demonstration ablenken. Mumias Leben hängt von der breitesten Mobilisierung ab, besonders durch die multirassische Arbeiterklasse, die wirkliche soziale Macht hat. Kommt alle zur Demo am 13. Mai!**

Um einen effektiven Kampf für Jamals Freiheit zu führen, ist es unbedingt notwendig, zu verstehen, *gegen was* wir antreten: wer unsere Feinde sind, wer unsere wirklichen Verbündeten sind. Berge von Beweisen, die das Komplott widerlegen und Jamals Unschuld beweisen, wurden immer wieder vorgebracht. Obszönerweise erzählen uns die Reformisten, die für die Demokratische Partei sind, sogar, wir sollten Druck auf Janet Reno ausüben, die Massenmörderin von 86 Männern, Frauen und Kindern 1993 in Waco, Texas, damit sie das Komplott gegen Mumia „untersuchen“ möge. Bürgerliche Liberale versuchen das Komplott gegen Jamal als eine Ausnahme darzustellen, als einen „Justizirrtum“; in gleicher Weise versuchen sie die Ermordung des afrikanischen Immigranten Amadou Diallo, der von rassistischen Bullen in einem Kugelhagel von 41 Schüssen umgebracht wurde, als eine „Abweichung“ in einem ansonsten gerechten System der „Demokratie“ auszugeben. Hinter der Forderung nach einem „neuen Prozess“ steht ein reformistisches politisches Programm, das von der Überzeugung ausgeht, dass der brutale rassistische kapitalistische Staat – dessen einziger Zweck es ist, das „Recht“ der herrschenden Kapitalistenklasse zu verteidigen, die Profite aus der Arbeit der Werktätigen zu ernten – dahin gedrängt und reformiert werden kann, „gerecht“ zu sein.

Das ist eine gefährliche Illusion! Schaut euch an, was mit Hurricane Carter passiert ist. Verurteilt nach einem Komplott aufgrund falscher Mordanklagen Mitte der 60er-Jahre, weil er ein Verfechter des Rechts auf bewaffnete Selbstverteidigung war, bekam Carter schließlich 1976 nach einer internationalen Protestkampagne einen neuen Prozess.

Fortgesetzt auf Seite 22

## Chinesische Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

kämpften die Arbeiter gegen die bewaffnete Volkspolizei, die Mitte der 80er-Jahre speziell zu dem Zweck geschaffen wurde, die wachsenden sozialen Unruhen zu unterdrücken. Schließlich wurden Armee-Einheiten herbeigeschafft, die mit scharfer Munition über die Köpfe der Demonstranten schossen und die Rebellion erstickten.

Von 68 US-Dollar kann eine dreiköpfige Familie kaum einen Monat lang leben, selbst in dieser wirtschaftlich daniiederliegenden Region; die Arbeiter müssen von diesem Betrag jedoch auch noch ihre Renten und ihre Krankenversicherung bezahlen. Ein Mann, der gemeinsam mit seiner Frau 35 Jahre lang in der Mine gearbeitet hatte, schätzt, dass die Abfindung für etwa zehn Monate reicht. „Und danach, was mache ich dann? Was sollen wir essen?“

Im vergangenen Jahr nannte der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji das Bergwerk ein Musterbeispiel von Verlust einfahrenden Betrieben, die geschlossen werden müssten. „Unprofitabel“ ist die Mine jedoch nur gemessen an den Maßstäben eines kapitalistischen Marktes. Molybdän ist ein wertvolles metallisches Element, das zur Stahlveredlung verwendet wird. Die Bergwerksmanager haben sich bereichert, indem sie selbst Teile der Mine übernahmen oder andere Betriebsteile für ihre Kumpane abtrennten. Ein Arbeiter erzählte erbittert: „Sie haben Teile des Bergwerks an ihre Freunde verkauft. Sie haben alle Lastwagen der Mine verkauft. Aber das Geld haben wir nicht gesehen... Sie essen und trinken es weg“ (*Washington Post*, 5. April).

Die verstärkten Maßnahmen in Richtung „freie Marktwirtschaft“ bereiten den Boden für einen gewaltigen Zusammenstoß zwischen der stalinistischen Bürokratie und den Arbeiter- und Bauernmassen. Das chinesische Arbeitsministerium berichtet von mehr als 120 000 Arbeitskämpfen im letzten Jahr – 14-mal mehr als 1992 –, von Petitionen bis Streiks (*Japan Times*, 25. April). Ein hoher Polizeioffizier in der Zentralprovinz Anhui berichtet, dass es mittlerweile gar nicht mehr ungewöhnlich ist, zu sehen, wie „Arbeiter kollektiv ihre Fabrikleiter belagern, sie beschimpfen und sie sogar unter Zwang festsetzen“. Im Dezember kämpften 1000 Arbeiter mit der Polizei und besetzten eine Eisenbahnlinie in Nordchina, weil sie seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten hatten. Etwa zur gleichen Zeit blockierten 2000 pensionierte Stahlarbeiter die Hauptzufahrtsstraße zu einem Stahlwerk in der im Südwesten Chinas in der Provinz Sichuan gelegenen Stadt Chongqing (Chungking), um gegen Kürzungen ihrer Renten zu protestieren. Im riesigen Agrargebiet haben die Verelendung der armen Bauernschaft, die ein Ergebnis der Dekollektivierung der Landwirtschaft Ende der 70er-Jahre ist, sowie die wachsende Klassenspaltung durch die Herausbildung einer Klasse reicher Bauern zu wilden Angriffen auf die Steuereintreiber und andere Vertreter der Behörden geführt.

Der Artikel über die Revolte von Yangjiazhangzi in der *Washington Post* bemerkt, dass „die Unruhen für eine chinesische Stadt ungewöhnlich heftig waren, aber bezeichnend sind für die Art von Auseinandersetzungen, die die Kommu-

nistische Partei heimsuchen“, und stellt fest, dass „die Behörden auf dem Land allerdings bereitwilliger zu sein scheinen, Sicherheitskräften zu befehlen, Proteste zu zerschlagen und auf Demonstranten zu feuern“. Das ist ein deutliches Zeichen für die Schwäche der bürokratischen Kaste angesichts eines wachgerüttelten Proletariats, das sein Potenzial bereits gezeigt hat, ganze Einheiten der Wehrpflichtigenarmee des deformierten Arbeiterstaats im Kampf gegen das stalinistische Regime gewinnen zu können. Als die arbeitenden Massen in die studentischen Demonstrationen eingriffen, die im Mai/Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz ihren Höhepunkt erreichten, und sich damit eine beginnende politische Revolution abzeichnete, weigerten sich sowohl Offiziere wie Soldaten zahlreicher Regimenter der Volksbefreiungsarmee, Befehlen zur Unterdrückung der Proteste zu gehorchen, und zwangen so das Regime, andere Einheiten zur Zerschlagung des Arbeiteraufstands heranzuführen.



Peter Turnley

**Als sich Arbeiter den Studentenprotesten am Tiananmen-Platz 1989 anschlossen, war dies Signal einer beginnenden proletarisch-politischen Revolution**

Die Bürokratie, die der kapitalistischen Konterrevolution den Weg ebnet, bereitet dadurch gleichzeitig den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion vor – nicht für eine soziale Revolution wie 1949, die die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zerschlagen würde, sondern eine politische Revolution, um die parasitäre herrschende Oligarchie zu stürzen und die politische Macht in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets) zu legen. Das chinesische Proletariat ist mit der dringenden Aufgabe konfrontiert, eine leninistisch-trozkistische Partei als Teil einer wiedergeschmiedeten trozkistischen Vierten Internationale aufzubauen, um diese politische Revolution vorzubereiten und zu leiten, um an der Spitze der Massen zu stehen und die spontanen und lokalen Arbeiterkämpfe zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

Seit der Zerstörung der Sowjetunion ist das internationale Proletariat durch die Angriffe der Bourgeoisie und deren Triumphgeschrei über den angeblichen „Tod des Kommunismus“ wirtschaftlich und politisch zurückgeworfen worden. Eine proletarische politische Revolution in China, die die Verteidigung der geplanten, kollektivierten Wirtschaft voraussetzt, welche die soziale Grundlage des Arbeiterstaates ist, hätte gewaltige Auswirkungen beim Zurückschlagen dieses Angriffs, und würde im Proletariat von Indonesien und Südkorea bis Japan – dem industriellen Machtzentrum

Fortgesetzt auf Seite 12

# Chinesische Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 11

Asiens – und der Vereinigten Staaten einen Widerhall finden. Sie würde die Werktätigen in Russland wieder aktivieren, die durch fast ein Jahrzehnt kapitalistischer Konterrevolution niedergedrückt worden sind. Gleichzeitig stände ein revolutionäres China der Arbeiter- und Bauernräte einer scharfen feindlichen imperialistischen Reaktion gegenüber. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution, um den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft international anzuführen, das imperialistische System zu zerschlagen und die materiellen Grundlagen für die Entwicklung Chinas in einem sozialistischen Asien zu legen.

## China am Scheideweg

Manche der Bergarbeiter in Yangjiazhangzi wissen, dass ihre Entlassungen und die sich ausbreitende Verarmung von den „Marktreformen“ herrühren, die das Beijinger Regime ihnen aufzwingt und die die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 unterminieren. Diese Revolution befreite das Land von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterjochung und schuf eine geplante, vergesellschaftete Wirtschaft, die den Arbeitern lebenslange Beschäftigung und Sozialleistungen garantierte – die „eiserne Reisschüssel“. Staatliche Unternehmen bieten den Arbeitern nicht nur den Lebensunterhalt, sondern auch Wohnungen, medizinische Versorgung und eine Schulausbildung für ihre Familien. Somit bedroht die Privatisierung, Schließung oder der Abbau von Fabriken, Bergwerken und anderen staatlichen Unternehmen die Arbeiter mit bitterem Elend. „Wir Bergarbeiter haben hier seit der Revolution für China gearbeitet, für die Kommunistische Partei“, sagte ein Arbeiter. „Und jetzt ist plötzlich mein Teil des Bergwerks privatisiert.“ Diesen Arbeitern ist klar, dass solches Staatseigentum den Werktätigen gehört. Wer gab den Managern das Recht, es auszuverkaufen?

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Revolution von 1949 unter der Herrschaft von Mao Zedongs (Tse-tung) Büro-

kratie von Anfang an deformiert war, gestaltet nach der stalinistischen Bürokratie in der UdSSR, die die politische Macht 1924 durch eine politische Konterrevolution an sich riss. Maos Regime schloss das Proletariat von der politischen Macht aus und gründete sich auf Stalins nationalistisches Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“. Das bedeutete Anpassung an den Weltimperialismus und Gegnerschaft zum Kampf für sozialistische Revolution in anderen Ländern. Diese nationalistische Perspektive drückt sich heute darin aus, dass das stalinistische Regime die chinesische Bourgeoisie vor der Küste in die Arme schließt, im Namen der Schaffung eines „Großchinas“.

Die stalinistische Bürokratie ist keine besitzende Klasse, sondern eine parasitäre *Kaste*: Basierend auf den proletarischen Eigentumsformen agiert die Bürokratie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des kapitalistischen Weltmarktes auf den deformierten Arbeiterstaat. Als Reaktion auf den imperialistischen Druck, der sich nach der Restauration des Kapitalismus in der früheren Sowjetunion massiv verschärft hat, weitete die Bürokratie die von Deng Xiaoping Ende der 70er-Jahre initiierten „Marktreformen“ aus. Vor kurzem wurde das Tempo der Privatisierung und des Abbaus von staatlichen Unternehmen in Vorwegnahme des Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) beschleunigt – ein Schritt, bei dessen Umsetzung China in einem größeren Ausmaß dem Wettbewerb durch Importe westlicher und japanischer multinationaler Konzerne und auch ausländischen Investitionen in bestimmten Industrien ausgesetzt würde. Wir kämpfen gegen die imperialistische Durchdringung des deformierten Arbeiterstaats China und verteidigen das staatliche Außenhandelsmonopol.

Trotzki bemerkte in *Verratene Revolution* (1936) über die sowjetische stalinistische Bürokratie: „Sie verteidigt das Staatseigentum nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet.“ Mit brodelnder Empörung an der Basis konfrontiert, geht die Beijinger Bürokratie vorsichtig zu Werke, verhaftet einige Beamte wegen offener Korruption oder richtet sie sogar hin und nimmt gelegentlich einige ihrer selbst vorgeschlagenen Maßnahmen des „freien Marktes“ zurück. In einem Artikel über ein Joint Venture zwischen Volkswagen und der Shanghaier Stadtregierung jammert die *New York Times* (16. April):

„China schützt weiterhin viele seiner Industrien vor wirklichem Wettbewerb und erhält dadurch zu viele Fabriken und eine schlechte Verwaltung aufrecht. Die Regierung warnt zwar, dass Chinas Staatsunternehmen sich auf den globalen Wettbewerb vorbereiten müssen, doch die meisten Sektoren der Wirtschaft verharren in ihrer sozialistischen Vergangenheit.“

Die USA und die anderen kapitalistischen Großmächte sind darauf erpicht, eine kapitalistische Konterrevolution durchzuführen, die die blutige Unterdrückung des chinesischen Proletariats und des von der Kommunistischen Partei beherrschten Staatsapparats mit sich bringen würde. Zu diesem Zweck demonstriert Washington, während es „konstruktive Verhandlungen“ mit dem Beijinger Regime führt, um die weitere wirtschaftliche Durchdringung zu fördern, seine militärische Macht gegenüber China und stützt eine ganze Reihe von Kräften, von der „Freiheit für Tibet“-Meute der CIA bis zu proimperialistischen „Dissidenten“,

## In chinesischer Sprache erschienen:



**Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga**  
DM 2,- (20 Seiten)



**China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?**  
DM 2,- (24 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktionsadresse

um die Konterrevolution im Innern zu schüren. Die USA erwägen ein Raketenabwehrsystem („Theater Missile Defense“) in Asien, das an erster Stelle den chinesischen und den nordkoreanischen Arbeiterstaat im Visier hat, und haben in den vergangenen 50 Jahren das kapitalistische Taiwan als Bollwerk gegen China aufrechterhalten.

Die trotzkistische IKL kämpft für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, Vietnam und Kuba – gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution. Wie es in der „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) heißt:

„Unsere Position ergibt sich aus dem proletarischen Klassencharakter dieser Staaten, der in den kollektivierten Eigentumsverhältnissen verkörpert ist – verstaatlichtes Eigentum, Planwirtschaft, Außenhandels- und Bankmonopol usw. –, die durch soziale Revolutionen errichtet wurden, die den Kapitalismus zerstörten. Trotz der bürokratischen Deformationen dieser Staaten ist unsere Verteidigung gegen den Klassenfeind bedingungslos, d. h. sie ist nicht davon abhängig, daß erst die stalinistischen Bürokratien gestürzt werden, und auch nicht von den Umständen und den direkten Ursachen des Konflikts.“

### Hütet euch vor den imperialistischen Lakaien in der Arbeiterbewegung!

Eine Schlüsselrolle beim konterrevolutionären Feldzug des US-Imperialismus spielt die AFL-CIO-Gewerkschaftsbürokratie, die sich mit ihren antikommunistischen Operationen gegen militante Gewerkschaften in Lateinamerika, Südkorea und anderswo in der gesamten Dritten Welt den Spitznamen „AFL-CIA“ erworben hat. Diese Praxis geht Hand in Hand mit der Klassenkollaboration der Gewerkschaftsbürokratie in den Vereinigten Staaten, wo sie als die politische Polizei der Kapitalisten in den Gewerkschaften handelt.

In Osteuropa und in der früheren UdSSR förderten diese „Arbeiterleutnants“ des amerikanischen Imperialismus „freie Gewerkschaften“ als Rammbocke für die Restauration des Kapitalismus und unterstützten deren Aufbau. Anfang der 80er-Jahre trat die AFL-CIO-Bürokratie als Mittelsmann für die Finanzierung der polnischen Solidarność auf, einer Schwindel„gewerkschaft“, die an der Spitze der Konterrevolution in Osteuropa stand. Später, in der Sowjet-

union, versuchten Kräfte der AFL-CIO die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse über Michail Gorbatschows marktorientierte Perestroika-„Reformen“ in eine Unterstützung für den antikommunistischen Demagogen Boris Jelzin zu kanalisieren. Jelzins proimperialistischer Putsch im August 1991 gipfelte in den folgenden Monaten, als es zu keinem Massenwiderstand der Arbeiterklasse kam, in einer kapitalistischen Konterrevolution.

Die kapitalistische Konterrevolution im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und in den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas, die durch Jahrzehnte stalinistischer Misswirtschaft vorbereitet wurde, hat zur Massenarbeitslosigkeit, einer sinkenden Lebenserwartung, einer zunehmenden Verelendung und sozialer Entwürdigung geführt. Sie hat auch die imperialistischen Ausbeuter bei ihren Angriffen auf die Werktätigen und Minderheiten in den USA und den anderen kapitalistischen Ländern ermutigt. Es ist im direkten Klasseninteresse des Proletariats in den USA und international, sich dem Drang der Imperialisten nach einer Rückeroberung Chinas für die kapitalistische Ausbeutung entgegenzustellen.

Die amerikanischen Gewerkschaftsspitzen versuchen, das Szenario aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR in China zu wiederholen. Ein Schlüsselinstrument hierzu ist das American Center for International Labor Solidarity (Amerikanische Zentrale für internationale Arbeitersolidarität, ACILS). Laut einem ihrer Washingtoner Zahlmeister, der National Endowment for Democracy (Nationale Stiftung für Demokratie), hat die ACILS in China „Arbeitergruppen und Untergrundaktivisten geholfen, Arbeiter über ihre Rechte aufzuklären“ – d. h. konterrevolutionäre „freie Gewerkschaften“ zu organisieren. Gleichzeitig befinden sich die AFL-CIO-Spitzen in ihrem eigenen Land in der Vorhut der protektionistischen und antikommunistischen Opposition zu einem Beitritt Chinas zur WTO und sind damit in Gesellschaft der liberalen Demokratischen Partei, von rechten Republikanern und dem Klerikal-Faschisten im Anfangsstadium, Pat Buchanan.

Es wird nicht leicht werden für die „AFL-CIA“, den chinesischen Arbeitern die amerikanische „freie Marktwirtschaft“ zu verkaufen. Viele Arbeiter in Osteuropa und der früheren Sowjetunion kauften die von Jelzin, Solidarność-Führer Lech Walesa und ihresgleichen vertriebene Lüge ab, dass die kapitalistische „freie Marktwirtschaft“ beispiellosen

*Fortgesetzt auf Seite 14*



Reuters

Politik der „Offenen Tür“ des Beijing-Regimes heißt immer massiveres imperialistisches Eindringen. Rechts: Volkswagen-Werk Shanghai



## Chinesische Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 13

Wohlstand und einen Westeuropa und Nordamerika vergleichbaren Lebensstandard bringen würde. Aber viele chinesische Arbeiter *haben bereits das Elend der Ausbeutung durch die „freie Marktwirtschaft“* erfahren, bei der Sklavenarbeit in den großen Fabriken, die von westlichen und japanischen Firmen und außerhalb des Festlandes ansässigen chinesischen Geschäftsleuten betrieben werden, oder in den oftmals von auf dem Festland geborenen Ausbeutern geführten Klitschen, wo die Bedingungen im allgemeinen weit schlechter sind als in den staatlichen Fabriken.

Eine größere Konzentration von Fabriken in Privatbesitz, die Textilien, Kleidung und andere Konsumgüter herstellen, befindet sich im Delta des Perlfusses in der gegenüber Hongkong gelegenen Provinz Guangdong. Arbeiter in den „Sonderwirtschaftszonen“ (SWZ), hauptsächlich junge Frauen vom Land, leisten in diesen Fabriken Sklavenarbeit, zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Während der ersten sechs Monate wird ihnen der Lohn oft vorenthalten und sogar völlig gepfändet, wenn sie vor Ablauf eines Jahres wieder gehen! Laut chinesischer Gesetzgebung sind Überstunden auf 36 Stunden pro Woche begrenzt, für die 50 Prozent Zuschlag gezahlt werden muss. Aber die Bosse in diesen Fabriken pfeifen offen auf die Arbeitsgesetze des Landes und schmieren Beamte für dieses Privileg. Solche Bedingungen sind nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, womit die chinesischen Massen unter kapitalistischer Herrschaft konfrontiert wären, durch die die jetzt von den Arbeitern in den SWZ erfahrene Ausbeutung und Verelendung qualitativ ausgeweitet und verschärft würde.

Es spricht Bände, dass selbst antikommunistische Dissidenten sich gezwungen sehen, den Kapitalismus des „freien Marktes“ zu kritisieren, um unter chinesischen Arbeitern überhaupt Gehör zu finden. Ein gutes Beispiel ist Han Dongfang, ein in Hongkong ansässiger „Arbeiterorganisator“ mit regulären Programmen im CIA-finanzierten Sender Radio Freies Asien. Han greift die Clinton-Regierung *von rechts* an, weil sie „Handelsfragen von Menschenrechtsfragen löst“. Und dennoch legt dieser kriegstreiberische Antikommunist Lippenbekenntnisse ab gegenüber der heftigen Feindschaft gegen eine Privatisierung der Wirtschaft unter chinesischen Arbeitern und schreibt, dass er nicht glaubt, dass „eine schnelle Privatisierung im großen Ausmaß der einzige Weg nach vorn für den Reformprozess ist“ (*China Labour Bulletin*, September/Oktober 1997).

Han und seinesgleichen posieren als Verteidiger der wirt-

schaftlichen Interessen der chinesischen Arbeiter und greifen den offiziellen All-Chinesischen Gewerkschaftsbund an, dass er die Arbeiter nicht verteidige. In der Tat verteidigt dieser Wurmfortsatz der stalinistischen Bürokratie nicht die Interessen der chinesischen Arbeiter. Aber Han tritt für die Zerschlagung des deformierten Arbeiterstaats China und für die Einführung brutaler kapitalistischer Ausbeutung im ganzen Land ein.

### Schmiedet eine leninistisch-trozkistische Partei!

Eine proletarische politische Revolution wird unter dem Banner des Kampfes gegen soziale Ungleichheit und politische Unterdrückung beginnen, so wie 1989. Der Kampf für Gewerkschaftsfreiheit – basierend auf der Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums – ebenso wie für Versammlungs- und Pressefreiheit wird sich als Teil des Kampfes für Sowjetdemokratie entfalten, für die Bildung von Arbeiterräten, die sich den bürokratischen Schmarotzern entgegenstellen und konterrevolutionäre Elemente unterdrücken. Die zentrale Frage ist die der revolutionären Führung, die nur durch die Schmiedung einer leninistisch-trozkistischen Partei gelöst werden kann, um revolutionäres sozialistisches Bewusstsein in die Arbeiterklasse zu tragen. Solch eine Partei würde den Han-Chauvinismus bekämpfen und das Proletariat mit dem Verständnis durchdringen, dass es für die Interessen aller Unterdrückten kämpfen muss – von den Frauen und den Homosexuellen zu den armen Bauern und Wanderarbeitern.

Die Arbeiter im staatlichen Sektor, die gegenwärtig an der vordersten Front der Arbeitskämpfe stehen, bilden die Mehrheit des chinesischen Proletariats. Aber zwei Drittel der Bevölkerung leben noch als Kleinbauern oder sonst in der Landwirtschaft Beschäftigte auf dem Land. Die Arbeiterklasse kann der Bürokratie nicht die politische Macht entreißen, ohne die Sympathie und Unterstützung der Bauernmassen zu gewinnen, insbesondere der Landjugend, die die Mehrheit von Chinas Wehrpflichtigenarmee ausmacht.

Der Feldzug in Richtung einer Restauration des Kapitalismus hat zu einer wachsenden Verelendung sowohl der Werktätigen auf dem Land als auch des städtischen Industrieproletariats geführt. In den Ruin getriebene Bauern und Jugendliche, die auf dem Land ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, strömen in Massen auf der Suche nach Arbeit in die Städte – eine gewaltige Armee von Wanderarbeitern, die auf bis zu 130 Millionen geschätzt wird! Ohne offizielle Wohnsitzmeldung (hukou) haben die Arbeitsmigranten kein Recht auf Wohnung, Gesundheitsversorgung und Schulbildung für ihre Kinder, wie sie den angemeldeten städtischen Einwohnern zusteht. Die meisten Migranten sind Männer, die ihre Frauen und Kinder in den Dörfern zurücklassen und ihr Leben in den Städten fristen, indem sie die niedrigsten Arbeiten annehmen.

Diese Entwicklungen haben zu einer großen Spaltung in der Arbeiterklasse geführt, da viele städtische Arbeiter auf die Wanderarbeiter vom Land herabsehen und auch fürchten, dass diese ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen, da die Migranten verzweifelt genug sind, um fast umsonst zu arbeiten. Währenddessen werden jedes Jahr Millionen von Migranten zusammengetrieben und unter Zwang in ihre Dörfer zurückgeschickt. Die Einheit der Arbeiterklasse verlangt die Verteidigung dieser Wanderarbeiter. Der Kampf, für diese Arbeiter die gleichen Rechte und Sozialleistungen zu erkämpfen, wie sie die langjährig in den Städten ansässigen Bewohner haben, könnte als erster Schritt bei der dringend notwendigen Aufgabe dienen, das in den Städten konzentrierte Proletariat und die bäuerlichen Massen im Kampf gegen die wachsenden Verwüstungen zu verbinden.

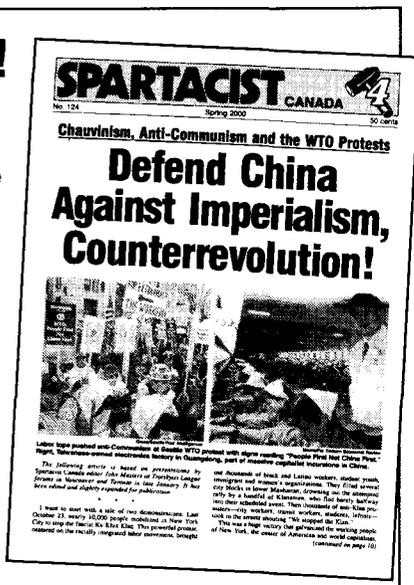
Auf dem Land ist eine Klasse reicher Bauern entstanden –

## Abonniert!

*Spartacist Canada*  
Zeitung der Trotskyist  
League/Ligue trotskyste  
4 Ausgaben inkl.  
*Spartacist* (englische  
Ausgabe)

Luftpost DM 12,-

Zu beziehen über:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 1 1988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60



d. h. Kleinkapitalisten, die Arbeiter einstellen, zusätzliches Land von ihren Nachbarn pachten und ihr Geschäft auf nicht-landwirtschaftliche Bereiche ausgedehnt haben –, die eine Brücke zum kapitalistischen Weltmarkt darstellt und eine gefährliche Kraft ist, die für eine Konterrevolution in der chinesischen Gesellschaft arbeitet. Die Beijinger Regierung selbst kalkuliert, dass bis zu zehn Millionen Bauern aufgrund zunehmender Getreideimporte und Importen anderer Produkte vor allem aus Nordamerika ihren Lebensunterhalt verlieren werden, wenn China der WTO beitrifft. Die Kapitalisten müssen aus den SWZ und vom Land vertrieben werden. Dies wirft die Frage nach der Bildung von Arbeiter- und Bauernräten auf, um die parasitäre Bürokratie zu stürzen. Solche Räte würden die Landwirtschaft rekollektivieren, billige Kredite und landwirtschaftliche Geräte an Bauern geben, die Kooperativen bilden, und das staatliche Außenhandelsmonopol wieder verstärken, das ein lebenswichtiges Instrument zur Verteidigung der Industriearbeiter und Werktätigen auf dem Land gegen die Verwüstungen des Weltimperialismus ist. Verteidigt und dehnt die geplante kollektivierte Landwirtschaft aus! Enteignet die blutsaugerischen imperialistischen Bourgeoisien und die chinesische, außerhalb des Festlandes ansässige Bourgeoisie!

Einige chinesische Gegner von „Marktformen“ halten Maos „Sozialismus“ als Alternative dagegen. Aber die maoistische Perversion von Sozialismus bestand aus nationaler wirtschaftlicher Autarkie und primitiver Gleichmacherei, in deren Rahmen die Massen gleichgestellt waren, weil sie alle gleich arm waren. Mitte des 19. Jahrhunderts erklärte Karl Marx, dass ohne eine internationale sozialistische Gesellschaft, die auf dem höchsten Niveau technologischer und industrieller Entwicklung funktioniert, „nur der *Mangel* verallgemeinert [wird], also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“. In einer völligen Verneinung von Marx predigten die Stalinisten die Idiotie, dass der Sozialismus in einem Land aufgebaut werden könne, wenn nur imperialistische militärische Interventionen vereitelt werden. Trotzki wies dies 1928 in seiner Schrift *Die III. Internationale nach Lenin* zurück und schrieb:

„Die kapitalistische Welt hat uns durch die Export- und Importzahlen bewiesen, daß es auch noch andere Mittel der Einwirkung gibt, als eine militärische Intervention. Soweit die Arbeitsproduktivität und die Produktivität der bestimmten Gesellschaftsform überhaupt durch die Preisverhältnisse des Marktes gemessen werden können, bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetwirtschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigeren kapitalistischen Ware. Also schon deshalb allein handelt es sich hier auf keinen Fall um den isolierten Wirtschaftssieg über die ‚eigene‘ Bourgeoisie.“

In der Praxis bedeutete der „Sozialismus in einem Land“ die Gegnerschaft zur Perspektive der Arbeiterrevolution im internationalen Maßstab. So trachtete Mao, wie Stalin, nach Bündnissen mit diversen „antimperialistischen“ bürgerlich-nationalistischen Regimen der Dritten Welt und dann mit den Imperialisten selbst. Dies zeigte sich anschaulich in dem kriminellen Bündnis von Maos China mit dem US-Imperialismus gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion, das geschmiedet wurde, als die Vereinigten Staaten Anfang der 70er-Jahre Bombenteppiche auf die heldenhafte vietnamesischen Arbeiter und Bauern abwarfen. In „China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe, Nr. 19, Winter 1997/98) schrieben wir: „Chinas Bündnis



Reuters

**Berlin, 30. Juni: Chinesischer Premier Zhu Rongji auf Staatsbesuch bei SPD-Kanzler Schröder. Deutscher Imperialismus giert nach Zerstörung des chinesischen Arbeiterstaats**

mit den USA, initiiert von Mao und Zhou Enlai, trug zur Vorbereitung von Dengs ‚offener Tür‘ für die imperialistische Ausbeutung in der anschließenden Periode bei. Maos Erben geben heute nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse für die Ziele des Sozialismus ab, statt dessen bieten sie sich offen als Kompradoren (Agenten) des Imperialismus an.“

Als Gegner der Arbeiterdemokratie und der internationalen Ausweitung der Revolution optierten die sowjetischen und chinesischen Stalinisten zunehmend für kapitalistische Marktmaßnahmen, um die Produktivität zu steigern. Der Weg der stalinistischen Bürokratie würde die chinesischen Massen zu den vorrevolutionären Tagen der Verarmung und imperialistischen Unterdrückung führen. Die Modernisierung Chinas – die die Grundlage für ein anständiges Leben für alle seine Einwohner schafft auf Basis des Zugangs zu den gegenwärtig in Nordamerika, Westeuropa und Japan konzentrierten entwickelten Technologien und produktiven Ressourcen – erfordert proletarische sozialistische Revolutionen in den imperialistischen Zentren, um die Grundlagen zu schaffen für eine internationale geplante, sozialistische Wirtschaft. Dies ist die Aufgabe der IKL in ihrem Kampf für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 735, 2. Mai 2000

**Bestellt!**  
**Spartacist**  
(deutsche Ausgabe)

Nr. 19  
Winter 1997/98  
64 Seiten  
DM 3,-

**Zu beziehen über:**  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 1 19 88-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60



# Cliffs Kalte Krieger äußerst verlegen über Anti-China-Kampagne

Die unlängst erschienene Reihe von Artikeln der Internationalist Socialist Organization (ISO, Schwesterorganisation von Linksruck) zu China, darunter „Why China-Bashing Hurts U.S. Labor“ (Warum die Anti-China-Kampagne schlecht für die US-amerikanische Arbeiterbewegung ist – *Socialist Worker*, 14. April) und „China and the WTO – Target the Enemy at Home“ (China und die WTO: Nehmt den Feind im eigenen Land ins Visier – *International Socialist Review*, Frühjahr 2000), könnte den Leser in Erstaunen darüber setzen, was die ISO eigentlich will, da sie China nie verteidigt hat. Diese Organisation entstand dadurch, dass sie die Seite des Imperialismus bezog, als dieser

## Spartakist-Jugend

den Versuch unternahm, die Errungenschaften der *sozialen Revolutionen* zu zerstören, die von Russland 1917 bis China 1949 die kapitalistische Herrschaft gestürzt hatten. Sie spaltete sich beim Ausbruch des Koreakriegs 1950 vom Trotzismus ab, als sie mitten im rücksichtslosen Bombenkrieg der USA und Britanniens die Verteidigung Chinas und Nordkoreas aufgab. Diese Pseudosozialisten versuchen mit ihren jüngsten Artikeln ein linkes Gesicht aufzusetzen, indem sie die Anti-China-Kampagnen der AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverband) kritisieren – über diese Frage waren sie nach den Protesten gegen WTO (Welthandelsorganisation) und IWF (Internationaler Währungsfond) peinlicherweise in einem Bett mit rechten Politikern wie Pat Buchanan gelandet, die ebenfalls dazu aufrufen, den „Geist von Seattle zu verbreiten“. Sie argumentieren, dass die Gewerkschaftsbürokratie eine Kampagne gegen China führt, weil sie daran interessiert sei, chinesische Arbeiter zu schützen, und sie sagen, dass der Aufruf des AFL-CIO-Präsidenten Sweeney, „China nicht in die WTO zu lassen, verbunden ist mit der Bemühung, Arbeiterrechte auf der ganzen Welt zu fördern“ (*Socialist Worker*, 3. März).

Als die Irreführer der AFL-CIO am 12. April Tausende Gewerkschafter nach Washington, D.C. brachten, um gegen die Normalisierung der Handelsbeziehungen der USA zu China zu protestieren, brachten sie in Wirklichkeit sowohl ihren feindseligen ideologischen Antikommunismus zum Ausdruck als auch ihren chauvinistischen Protektionismus, indem sie China als einen „Schurkenstaat“ hinstellten, dessen Arbeiter amerikanische Arbeitsplätze bedrohen. Die Bezeichnung „Schurkenstaat“ kommt direkt aus dem Munde der Sprecher der US-Regierung und ist ein Codewort für jedes Land, das die USA zerstören wollen, und zwar normalerweise mit den blutigsten Mitteln. Revolutionäre Marxisten sind gegen die wirtschaftliche Durchdringung des deformierten Arbeiterstaates China durch den Imperialismus und kämpfen aktiv dagegen. Chinas Beitritt wäre ein Angriff auf das verbliebene staatliche Außenhandelsmonopol und würde so die ökonomischen Grundlagen der kollektivierten Wirtschaft unterminieren und die inneren konterrevolutionären Kräfte weiter ermutigen.

Sweeneys protektionistischer Aufruf postuliert, dass die USA ein mustergültiger Verteidiger von „Menschenrechten“ seien, die ihre „Demokratie“ über die ganze Welt ausbreiten sollten. Das Einzige, was die herrschende Klasse der USA verbreitet, ist imperialistische Ausbeutung und Plünderung, gestützt auf ihre militärische Macht. Diese Ideologie des „Menschenrechts“imperialismus wird benutzt, um die Arbeiter an die Interessen ihrer Bourgeoisie zu fesseln, als Vorbereitung für neue imperialistische Kriege. Und die Partei des amerikanischen Imperialismus gegen China zu ergreifen ist ein Programm, das den chinesischen Arbeitern und Bauern Elend und Hunger bringt. Während die ISO den US-Imperialismus anfleht, die Blutsaugerbetriebe wegzuregulieren – an sich schon ein Ding der Unmöglichkeit –, würde eine Konterrevolution in China die ganze Nation in *einen einzigen großen Blutsaugerbetrieb* verwandeln. Wenn also die ISO sagt:

„Die beste Art und Weise, den chinesischen Arbeitern bei der Eroberung ihrer Rechte zu helfen, ist es, Solidarität zu organisieren – und nicht gemeinsam mit US-Politikern auf China einzuschlagen“ (*Socialist Worker*, 14. April), dann versucht sie die Tatsache zu vertuschen, dass ihre Weigerung, China gegen den Imperialismus zu verteidigen, die Auslieferung der chinesischen Arbeiter an diejenigen bedeutet, die die kapitalistische Ausbeutung zurückbringen wollen.

Die Frage stellt sich für China unmittelbar; nach 50 Jahren imperialistischer Umzingelung und nach zwei Jahrzehnten von „Marktrefor-men“ steht China am Scheideweg. Die stalinistische Bürokratie bietet heute den Imperialisten und der chinesischen Bourgeoisie im Ausland ihre Dienste als Makler an, aber sie wird zurückge-



Giase/Seattle Post-Intelligencer

**Socialist Worker**  
Paper of the International Socialist Organization  
25¢ monthly

– 11. Januar 2000



**Gewerkschaftsspitzen führten antikommunistische Hetze bei WTO-Protesten in Seattle mit chauvinistischen Plakaten an: „Zuerst das Volk und nicht zuerst China“. ISO jubelte: „Verbreitet den Geist von Seattle“**

halten durch ihre Angst vor der Arbeiterklasse, die weiterhin militant Widerstand leistet gegen die Angriffe auf ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard. Wir Trotzisten kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen imperialistische Angriffe und innere kapitalistische Konterrevolution. Was dringend gebraucht wird, ist eine leninistisch-trotzkistische Partei in China, die die Arbeiterklasse in dem Kampf führen kann, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und die stalinistische Bürokratie durch eine politische Revolution zu stürzen.

Die ISO verbreitet die Lüge, dass die Demonstration vom 12. April ein Versuch gewesen sei, sich für Arbeiterrechte einzusetzen, und äußert nur einen einzigen Kritikpunkt: „Sich allein auf China zu konzentrieren, stellt berechnete Sorgen über Arbeiter- und Menschenrechte in den Dienst von rechten Chinahassern wie Senator Jesse Helms“ (*Socialist Worker*, 31. März). Sie machen sich Sorgen darüber, dass es schlechte Reklame für die AFL-CIO-Bürokratie (und die ISO) ist, wenn sie mit Buchanan und Helms unter einer Decke stecken. Nachdem sie die protektionistischen, giftigen antikommunistischen Proteste gegen WTO und IWF bejubelt hat, will sich die ISO von dem *republikanischen* Flügel der Führung dieser Mobilisierungen distanzieren. Sie ermahnen die Gewerkschaftsführer, die Kundgebung vom 12. April sei „voller antikommunistischer Phrasendrescherei“ gewesen, „bei der es den republikanischen Rechten, die einen neuen Kalten Krieg mit China wollen, nur ganz warm ums Herz werden konnte“ (*Socialist Worker*, 28. April).

Das ist geradezu köstlich, kommt es doch von einer Organisation, deren Hauptjob jahrzehntelang darin bestand hat, dem antikommunistischen Kreuzzug des Kalten Krieges der US-Bourgeoisie, besonders wie er von der prokapitalistischen US-Gewerkschaftsbürokratie betrieben wurde, ein „sozialistisches“ Gesicht aufzusetzen. Während des gesamten Kalten Krieges waren die „Arbeiterrechte“, die die AFL-CIO international förderte, die „Rechte“ des US-Imperialismus, militante Versuche zur Organisation der Arbeiter zu zerstören und Arbeiterführer durch repressive Marionettenregime der USA einsperren zu lassen; diese Tätigkeit hat der AFL-CIO in der gesamten Dritten Welt den Spitznamen „AFL-CIA“ eingebracht. Die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie handelte auf Geheiß der US-Regierung, als sie für die Zerstörung der Sowjetunion kämpfte, indem sie die polnische Solidarność als eine „freie Gewerkschaft“ unterstützte und finanzierte, um die kapitalistische Konterrevolution voranzutreiben, und alle möglichen prowestlichen „sowjetischen Dissidenten“ und reaktionären nationalistischen Agitatoren in Osteuropa förderte.

Gruppen wie die ISO und andere sozialdemokratische Vereine reichten sich vor lauter glühendem Antikommunismus hinter dem „Arbeiter“gesicht ihrer „eigenen“ Bourgeoisie ein, indem sie die Konterrevolution von Solidarność bejubelten und der „Demokratie“ der raubgierigen Herrscher des US-Imperialismus um den Hals fielen. Die ISO war begeistert über die endgültige Zerstörung der UdSSR, die die Gefahr der imperialistischen wirtschaftlichen Durchdringung und der kapitalistischen Konterrevolution in den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten, darunter China,



Almeida/NY Times

**John Sweeney, Vorsitzender des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO mit Vizepräsident Al Gore bei Konferenz der Demokratischen Partei 1996**

enorm erhöht hat. So schrieben sie: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein“ (*Socialist Worker* [Britannien], 31. August 1991). Nach den verheerenden Folgen der Konterrevolution in Russland, bei der Massenverelendung und der Zerstörung der grundlegenden Infrastruktur des Landes – was alle sehen können –, fühlt sich die ISO offensichtlich gezwungen, ihre Jahre im Dienste des Kalten Krieges der Imperialisten zu verstecken.

Es ist kein Zufall, dass die Kalten Krieger der ISO versuchen einen Unterschied zu machen zwischen Sweeneys  
*Fortgesetzt auf Seite 22*



Workers Vanguard

**Im Gegensatz zur Pseudolinken: SL/U.S. prangerte proimperialistische Mobilisierung in Seattle an**



Workers Hammer

1984: Multiethnisches Kontingent der Ford-Dagenham-Arbeiter auf Demo zur Unterstützung des heldenhaften Bergarbeiterstreiks

## Rover...

Fortsetzung von Seite 7

Als Antwort auf die Arbeitsplatzvernichtung bei Rover organisierten die Gewerkschaftsbürokraten Bill Morris, Sir Ken Jackson & Co. am 1. April in Birmingham eine große Demonstration auf ausgesprochen protektionistischer, britisch-nationalistischer Grundlage. Die offiziellen Losungen waren: „Rettet die britische Fertigungsindustrie!“ und „Rettet britische Arbeitsplätze!“ Das Flugblatt, das diese Losungen enthielt, wurde gemeinsam von den vier Hauptgewerkschaften in der Autoindustrie – Transport and General Workers Union (TGWU), Amalgamated Engineering and Electrical Union (AEEU), GMB und Manufacturing, Science and Finance (MSF) – herausgebracht. Die Demonstration brachte zwar Wut und Bitterkeit gegenüber BMW und der Regierung zum Ausdruck, aber ihre politische Orientierung war so entgegengesetzt zu den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse, dass sie die volle Unterstützung der Birmingham *Evening Mail* hatte, eines gewerkschaftsfeindlichen Blattes, sowie von Tony Blair, der nichts als Verachtung für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten übrig hat.

Wie zu erwarten, war daher auch die Demonstration eine widerwärtige Orgie des rot-weiß-blauen Chauvinismus, bei der sich Gewerkschaftsbanner (und Plakate der Socialist Workers Party [SWP – in Deutschland Linksruck]) ganz ungeniert mit dem Union Jack vermischt, dem rassistischen Abzeichen des Empires zu Kolonialzeiten und der Unterdrückung von Katholiken in Nordirland heute. Ebenso war das englische St.-Georgs-Kreuz präsent, das wie der Union Jack von faschistischen Gruppierungen benutzt wird. Verschiedene Plakate ließen einem krassen antideutschen Chauvinismus freien Lauf, wie z. B.: „Wir haben zwei Weltkriege gewonnen – gewinnen wir auch den Dritten.“ Der Kundgebungsorganisierende, TGWU-Bürokrat Tony Woodley, der den Rover-Arbeitern 1998 einen faulen Deal zur Steigerung der Produktivität verkauft hatte, benutzte das Rednerpult für eine Verurteilung der „Obszönität von Leuten in Deutschland, darunter Gewerkschaftsarbeiter, über die Zukunft von 40 000 Arbeitern zu entscheiden, während wir hier in Britannien im Unklaren gelassen wurden.“ Der Feind der Arbeiter in Britannien ist die britische Bourgeoisie!

Das *Einzige*, was die Gewerkschaftsbürokraten dem

Proletariat anbieten, das in der Region von Birmingham rassistisch integriert ist, sind Chauvinismus und Sprüche über die „Rettung“ der *britischen* Industrie. Bis zu jenem Zeitpunkt, wo eine Arbeiterrevolution die britische Industrie ihren Händen entreißt, gehört sie den blutsaugenden Kapitalisten. Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland!

Sozialchauvinismus und Nationalismus sind feste Bestandteile des politischen Programms von Labour und der Gewerkschaftsbürokratie, die dem britischen Imperialismus verpflichtet sind. Protektionismus führt zu Handelskriegen und schafft so die Grundlage für Kriege zwischen imperialistischen Mächten, die sich untereinander in einem gnadenlosen Wettstreit um die Herrschaft über Märkte und Einflussphären befinden. Protektionismus spielt auch die Arbeiter in Britannien und anderen Ländern gegeneinander aus, indem er sie hinter ihrer „eigenen“ Bourgeoisie in Stellung bringt und sie für ihre Rolle als Kanonenfutter in imperialistischen Kriegen vorbereitet. Nur internationale proletarische Revolution kann die Bedrohung durch einen dritten, nuklearen Weltkrieg beseitigen.

Die heutige Labour-treue Gewerkschaftsbürokratie hält die verrottete Tradition der Sozialdemokraten aufrecht, die im ersten imperialistischen Weltkrieg ihre „eigene“ herrschende Klasse unterstützt haben. W. I. Lenin, Führer der russischen Oktoberrevolution von 1917, wies darauf hin, dass sie mit den Krümeln vom Tisch des imperialistischen Profits bestochen waren und dass ihr Sozialchauvinismus die Verteidigung der „nationalen Interessen“ und Verzicht auf Klassenkampf bedeutete. „Worin besteht das ökonomische Wesen der ‚Vaterlandsverteidigung‘ im Kriege des Jahres 1914/15?“, fragte Lenin in „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ (1916):

„Die Bourgeoisie *aller* Großmächte führt den Krieg wegen der Aufteilung und Ausbeutung der Welt, wegen der Unterjochung der Völker. Einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und kleinbürgerlicher Mitläufer können Brocken von den großen Profiten der Bourgeoisie zufallen. Die Klassengrundlage des Sozialchauvinismus und des Opportunismus ist dieselbe: das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit ‚ihrer‘ nationalen Bourgeoisie *gegen* die Masse der Arbeiterklasse, das Bündnis der Lakaien der Bourgeoisie mit ihr *gegen* die von ihr ausgebeutete Klasse.“

Letztes Jahr gab die Gewerkschaftsbürokratie Blair und der NATO volle Unterstützung bei der massiven Bombardierung Serbiens, eines kleinen abhängigen Landes, in der größten militärischen Feuersbrunst in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, deren Ziel die imperialistische Beherrschung und militärische Besetzung des Balkans war. Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte für die Niederlage des Imperialismus durch Arbeiterrevolution und die Verteidigung Serbiens, und heute fordern wir: Alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan. Wir nahmen auch an einer von italienischen Autoarbeitern initiierten internationalen Hilfskampagne für Autoarbeiter in der Zastava-Autofabrik von Kragujevac, Jugoslawien, teil, deren Fabrik von der NATO bombardiert wurde – absichtlich und in vollem Bewußtsein, dass sie von einem „lebenden Schutzschild“ jugoslawischer Arbeiter geschützt wurde.

Protektionismus, der den „Schutz der britischen Industrie“ fordert, ist Gift für die Arbeiterklasse und schürt rassistischen Terror gegen Minderheiten. Vor 20 Jahren, nach der Niederlage des Stahlstreiks, marschierte die faschistische National Front durch Corby, eine Stahlarbeiterstadt in Eng-

land, mit der Losung „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“. Und Protektionismus rettet bestimmt keine Arbeitsplätze; tatsächlich ist die Rettung von Arbeitsplätzen nicht gerade das Geschäft, das von [dem TGWU-Bürokraten] Bill Morris und Konsorten betrieben wird. Ehemalige Liverpools Dockarbeiter, die von Morris im Stich gelassen wurden, wissen das nur allzu gut. Diese durch und durch Blair-treuen Bürokraten haben bei den massiven Angriffen auf Arbeiter mitgewirkt, auch in der Autoindustrie.

Die Arbeiterklasse hat die Kampfkraft, sich gegen den jetzt laufenden Angriff auf ihre Arbeitsplätze zu verteidigen; er sollte mit Streiks beantwortet werden, die die gesamte Autoindustrie dichtmachen. Der einzige Weg vorwärts ist wirklicher Klassenkampf, gegen die Labour-Regierung, in dessen Verlauf die reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Gesetze hinweggefegt werden. Aber dies erfordert einen entschiedenen Bruch mit der Gewerkschaftsbürokratie, die eng mit der Labour Party und dem Kapitalismus verbunden ist. Die Arbeiterklasse in Birmingham und den West Midlands, die in der Autoindustrie konzentriert ist, ist häufig integriert, doch rassistische Angriffe nehmen dramatisch zu. Um das Proletariat zur Verteidigung seiner eigenen Klasseninteressen und der Interessen aller Unterdrückten – Schwarzer, Asiaten, Iren und Immigranten – zu mobilisieren, ist ein Bruch mit Labour und eine neue revolutionäre Führung nötig.

Die Spartacist League kämpft für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, die im politischen Kampf gegen Labour geschmiedet wird. Eine leninistische Avantgardepartei wird auf Grundlage des Verständnisses aufgebaut werden, dass die Arbeiter ihre eigenen Interessen und die aller Unterdrückten nur durch ihre massenhafte Mobilisierung im Kampf verteidigen können, was *nicht* in einer anderen Variante von Parlament gipfeln wird, sondern in einer wirklichen, revolutionären Arbeiterregierung, die die Bourgeoisie enteignet und eine geplante Wirtschaft errichtet, die dieses Land wieder industrialisieren und den Weg für eine sozialistische Zukunft freimachen wird.

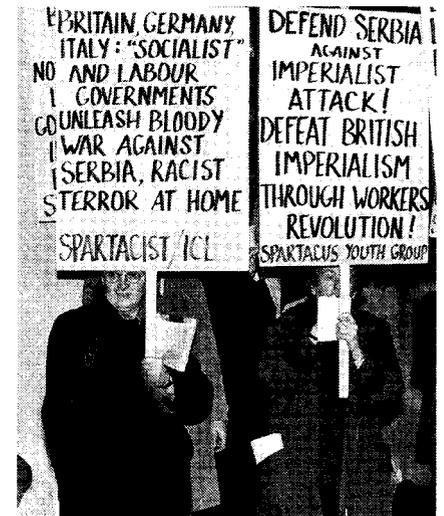
### Labour-loyale „Sozialisten“ suhlen sich in britischem Chauvinismus

Die gesamte Bandbreite der Labour-treuen „Sozialisten“ weidet sich an der hurrapatriotischen chauvinistischen Demonstration der Gewerkschaftsbürokratie in Birmingham. Das ist der Sozialchauvinismus im Innern – Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten –, den sie während des Balkankriegs an den Tag gelegt haben, als sie für den britischen Imperialismus trommelten. Die Socialist Workers Party [Mutterorganisation von Linksruck in Deutschland] mobilisierte massiv für die Demonstration, stellte tausende Plakate zur Verfügung, die die Demonstration dominierten, und verlieh ihr so einen „sozialistischen“ Anstrich.

Die SWP trug wesentlich dazu bei, dem widerlichen anti-deutschen Chauvinismus Öffentlichkeit zu verschaffen. Ihre Losungen waren: „Rettet unsere Arbeitsplätze – Besetzt, organisiert, kämpft für das Recht auf Arbeit – Für die sofort-



AP



Workers Hammer

IKL beteiligte sich an Geldsammlung, initiiert von COBAS, für jugoslawische Autoarbeiter von Zastava. Rechts: SL/B kämpfte während des Balkankriegs für den Sturz des britischen Imperialismus und die Verteidigung von Serbien

tige erneute Verstaatlichung von Rover!“ Die Demonstration zeigte anschaulich, dass eine Rückbesinnung auf die ewige Wahrheit von Old Labour, die „Nationalisierung der Verlierer“ – wo die britische Regierung aufgefordert wird, die britische Industrie zu retten – wuchernden Protektionismus und Fremdenfeindlichkeit bedeutet. Die SWP-Plakate passten so vorzüglich zu dem patriotischen Charakter der Demonstration, dass sie auch von einigen Leuten getragen wurden, die buchstäblich in den Union Jack eingehüllt waren. *Socialist Worker* (8. April) pries die Demonstration als „die große Arbeitsplatz-Revolution“, erwähnte nicht ihren patriotischen Charakter, sondern bemerkte lässig: „An der Demonstration vom Samstag war vieles großartig – z. B. die Tatsache, dass die Nazis der National Front von Autoarbeitern des Ordnerdienstes davon abgehalten wurden, an der Demonstration teilzunehmen.“ Selbstverständlich übernahmen sie keine Verantwortung dafür, eine Demonstration mit aufgebaut und unterstützt zu haben, an der die NF teilnehmen wollte.

Heute tragen die „Sozialisten“, die die Birminghamer Demonstration unterstützt haben, ihren Teil der Verantwortung für das Anwachsen rassistischer Terrorbanden, wie des Mobs, der Harold and Jason McGowan in Telford ermordete. Sie werden durch den Chauvinismus von Labour und der Gewerkschaftsbürokratie ermutigt. Die Socialist Party [SP – geführt von Peter Taaffe, in Deutschland Sozialistische Alternative Voran] schwärmte, dass die Demonstration von Birmingham eine „gewaltige Darbietung menschlicher Solidarität“ gewesen sei, welche „die potenzielle Stärke aufzeigt, die die Werktätigen haben, wenn sie sich zusammenschließen“ (*Socialist*, 7. April). Das Schwenken von Union Jacks kann die SP nicht aus der Ruhe bringen, die selber wiederholt Billy Hutchinson von der loyalistischen Ulster Volunteer Force als Gastredner bei ihren Veranstaltungen hatte.

*Workers Power* (30. April) schwärmt von der „großartigen Demonstration von 80 000 in Birmingham“, meint aber, dass „es Carl Chinn überlassen wurde, in einer mit religiöser Erweckungsideologie und ‚Patriotismus‘ durchsetzten Rede zur Unterstützung der britischen Fertigungsindustrie zur Aktion aufzurufen.“ Die „Aktion“, die *Workers Power* im Sinn hat, „um Labour dazu zu zwingen, Rover zu verstaatlichen“, ist eine Wiederaufführung dieses britisch-nationalistischen Spektakels in London! Dies passt zu einer Gruppe, die letztes Jahr bei einem obszönen NATO-freundlichen Treffen in London als Unterstützer auftrat und damit ihrer geliebten Labour-Regierung während der nächtlichen

Fortgesetzt auf Seite 20

# Rover...

Fortsetzung von Seite 19

Bombenangriffe auf Serbien Beistand lieferte. Ihre britische Presse veröffentlichte einen Brief von Arbeitern in Deutschland in „Solidarität“ mit den Rover-Arbeitern, der erklärt: „Wenn es jetzt bei euch einen Ausbruch des Hasses auf alles Deutsche gibt, so ist dies verständlich.“ Workers Power kapituliert vor dem sozialdemokratischen Nationalismus, der das Gegenteil von proletarischem Internationalismus ist.

Die britische Linke blickt zurück auf die „guten alten Zeiten“ der verstaatlichten Industrie, die in der Autoindustrie bedeuteten, dass die Arbeiter von British Leyland ausgebeutet und auch entlassen wurden, manchmal mit der Geschwindigkeit von 1000 pro Monat. Diese Zeiten sind vorbei, und von Blairs Regierung – die darauf versessen ist, die Londoner U-Bahn, Sozialwohnungen und das Fluglotsen-System zu privatisieren – Verstaatlichungen zu fordern, ist nicht nur lächerlich, sondern soll auch die erbärmliche Kapitulation vor britischem Chauvinismus und Nationalismus verschleiern. Es ist notwendig, die Arbeiter *unabhängig* vom Klassenfeind und seinen Agenten in der Arbeiterbewegung zu mobilisieren.

Arthur Scargills Socialist Labour Party (SLP) erklärte in für sie recht ungewöhnlichen Worten: „Nein zu antideutschen Kampagnen“, „Nein zu britischem Nationalismus“ und „Kämpft für eine sozialistische Lösung der Wirtschaftskrise“. Aber das Programm der SLP ist Old-Labour-Reformismus, dessen Grundlage Protektionismus und Nationalismus sind. Scargill hat den Protektionismus immer unterstützt. Während der massenhaften Demonstrationen gegen die Zechenstilllegungen im Jahre 1992 unterstützte er zusammen mit Sir Winston Churchill Jr. eine Kampagne zur „Rettung britischer Kohle“. Diese Demonstrationen waren ein Vorbote dessen, was heute als Reaktion auf die Betriebsschließungen in der Autoindustrie propagiert wird. Das waren klassenübergreifende Bündnisse, deren politische Hauptachse britischer Nationalismus war. Der Gegensatz zwischen den Bergarbeiterstreiks von 1984/85, die von Südafrika bis zur UdSSR *internationale proletarische* Unterstützung erhielten, und den Protesten von 1992 war krass. Die Spartacist League rief zum Streik der Bergarbeiter auf, gemeinsam mit den Arbeitern in strategischen Industrien

wie Bahn, Transport und Energie. Wir riefen auf zur Bildung von Arbeiteraktionskomitees, die mit den Zechenstilllegungen Schluss machen und das Land übernehmen.

## Imperialistische Rivalität führt zum Krieg

International hat sich seit der Zerstörung der Sowjetunion durch die Konterrevolution die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten verschärft. Trotzlisten kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion, eines degenerierten Arbeiterstaats, der trotz der Herrschaft einer korrupten nationalistischen Bürokratie auf einer geplanten kollektivierten Wirtschaft aufgebaut war, hervorgegangen aus dem Triumph der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917. Heute ist die Rivalität zwischen den großen imperialistischen Mächten – den USA, Japan und Deutschland – enorm, und es gibt Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Mächten innerhalb der Europäischen Union (EU), dem von Deutschland dominierten Handelsblock. Die Autoindustrie in Britannien, die ungefähr 800 000 Arbeiter beschäftigt, ist vollkommen im Besitz ausländischer Unternehmen, insbesondere amerikanischer und japanischer Firmen, die Britannien als Standbein in der EU benutzen. Dies zeigt anschaulich die Arbeitsweise des imperialistischen Systems, das von Lenin als Kapitalismus in seinem höchsten Stadium gekennzeichnet wurde, charakterisiert durch die Herrschaft des Finanzkapitals und die Konzentration der Produktion in den Händen einer kleinen Anzahl sehr großer Unternehmen. Die Konkurrenz zwischen diesen Unternehmen um die Beherrschung der internationalen Märkte ist unerbittlich, und es gibt andauernde Bestrebungen nach Rationalisierung.

Die größten Namen in der Autoindustrie – General Motors, Ford, Volkswagen, Toyota und DaimlerChrysler – waren alle an einer jüngsten Fusionsrunde und an Übernahmeversuchen von Unternehmen wie Fiat, Honda, Peugeot-Citroën und BMW beteiligt. Der *Economist* (26. Februar) berichtet, dass jetzt 70 Prozent des Marktes unter sechs Firmen aufgeteilt sind und dass BMW, obwohl profitabel, von Rover zur Ader gelassen wurde – seinem „englischen Patienten“, dessen Autos so schwer zu verkaufen waren, dass eine ganze „Flotte der ausgezeichneten Rover 75-Limousine die Parkplätze in den englischen Midlands verstopft“. Und auch

wenn diese Konzerne häufig Betriebe in weit entfernten Ländern errichten, so behalten sie doch ihre Basis in ihren jeweiligen Nationalstaaten, welche in der nachsowjetischen Periode in wachsendem Maße in den interimperialistischen Rivalitäten verwickelt sind.

Die EU, ehemals ein diplomatisches Anhängsel des antisowjetischen NATO-Bündnisses, ist heute ein instabiles Anhängsel der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Prioritäten der europäischen Kapitalisten. Als proletarische Internationalisten kämpft die IKL gegen die EU, die ein imperialistischer Wirtschaftsblock ist und eine Einrichtung der kapitalistischen Kooperation gegen die Arbeiter Europas, gegen Immigranten sowie gegen rivalisierende imperialistische Mächte. Wie Lenin sind wir der Meinung, dass es unmöglich ist, einen stabilen europäischen „Superstaat“ herauszubil-

## Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

**SPARTACIST**

**İLKELER VE BAZI PROGRAM ÖGELERİ BİLDİRİŞİ**

**ENTERNASYONEL KOMÜNİST (DÖRDÜNCÜ ENTERNASYONAL)**

1. Dünya Sosyalist Devrimi ve Enternasyonel Komünist (Dördüncü Enternasyonalist)
2. Proleter Önderlik Krizi
3. Rus Devrimi'nin Partisi Biziz
4. Enternasyonel Komünist Liga'nın (Dördüncü Enternasyonel Komünist ve Tarihsel Kökenleri)
5. Sosyalist Devrimin Uluslararası Karakteri
6. Tüm Emekçilerin Savunulması İçin Sınıfların Önceliği
7. Revizyonizmin Burjuva Temeli
8. Emperyalist Savaşın Karşı Mücadele
9. Ulusal Sorun ve Tüm Ulusların Kendi Kaderlerini Tayin Etmeleri
10. Sömürge Devrimi, Süretili Devrim ve "Geriilla Yol"
11. Halk Cephesi: Bir Taktik Değil, Savaşın En Büyük Silahıdır
12. Devrimci Parti: Programı, Örgütlenmesi ve Disiplini
13. Tarihi Değişimlere İçin Müdahale Edilmezliği!

Declaration of Principles and Some Elements of Program  
International Communist League (Fourth Internationalist)  
Published August 1999

ABD	\$1.00	Almanya	DM 2.00	Fransa	FF 10.00	İtalya	5.00
Japonya	¥ 100	Avustralya	A\$ 2.00	Yeni Zelanda	NZ\$ 2.00	Yeni Zelanda	NZ\$ 2.00

**SPARTACIST**

**Διακήρυξη Αρχών και Μερικά Στοιχεία Προγράμματος Διεθνούς Κομμουνιστικής Ένωσης (Τεταρτοδιεθνιστική)**

1. Η παγκόσμια σοσιαλιστική επανάσταση και η Διεθνής Κομμουνιστική Ένωση (Τεταρτοδιεθνιστική)
2. Η κρίση ηγεσίας του προλεταριάτου
3. Είκοσι το κόμμα της Ρώσικης Επανάστασης
4. Οι θεωρητικές και ιστορικές ρίζες της Διεθνούς Κομμουνιστικής Ένωσης (Τεταρτοδιεθνιστική)
5. Ο διεθνής χαρακτήρας της σοσιαλιστικής επανάστασης
6. Ο κρησπολόγος ρόλος της εργατικής τάξης στην υπεράσπιση όλων των υπερασπιζόμενων
7. Η σωστή βάση του αναθεωρητισμού
8. Η κρίση ηγεσίας στην ιμπεριαλιστική κρίση
9. Το εθνικό ζήτημα και το δικαίωμα όλων των εθνών στην αυτοδιάθεση
10. Η παγκόσμια επανάσταση, η διαρκής επανάσταση και ο "αντιτάκτος όμιλος"
11. Το Λαϊκό Μέτωπο: Όχι μια τακτική, αλλά το μεγαλύτερο εργαλείο
12. Το επαναστατικό κόμμα: το πρόγραμμα, η οργάνωση και η περαιτέρω του
13. Οι κομμουνιστές και η αλληλεγγύη στην ιστορία!

Declaration of Principles and Some Elements of Program  
International Communist League (Fourth Internationalist)  
Published May 2000

Αυστραλία	\$1.20	Γερμανία	DM 2.00	Γαλλία	FF 10.00	Ελλάδα	Δρχ 20.00
ΗΠΑ	\$1.00	Ιταλία	5.00	Ισπανία	₧ 100	Καναδάς	\$1.25
Μέξικο	\$1.00	Νέα Ζηλανδία	NZ\$ 2.00	Πολωνία	zł 10.00		

**NEU!**  
Jetzt auf Griechisch erschienen!

20 Seiten  
DM 2,-

**Auch auf Türkisch erhältlich.**

Zu beziehen über:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 1 1988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60



Independent



Britta Koropp

**Links: Autoarbeiter protestieren in Frankreich und Belgien 1997 gegen Schließung von Renault-Fabrik in Vilvoorde, Belgien. Rechts: VW Wolfsburg, Streik gegen Entlassungen im Februar 2000. Zeitgleich wurden Arbeiter von VW in Südafrika gefeuert, doch nationalistische IGM-Bürokratie verhinderte gemeinsamen Klassenkampf**

den, denn der Kapitalismus ist auf Grundlage von Nationalstaaten organisiert.

Die britische Bourgeoisie ist in ihrer Einstellung gegenüber der EU gespalten, was ihren Loyalitätskonflikt in Bezug auf den US-Imperialismus und dessen deutschen Rivalen widerspiegelt. Die City of London tritt als Juniorpartner von Wall Street auf in Konkurrenz zu Frankfurt, aber die Fertigungsindustrie sucht eher engere Verbindungen zur EU und würde lieber dem Euro beitreten. Den Kapitalisten der Fertigungsindustrie bereitet es Sorge, dass in Britannien hergestellte Waren teurer sind als Waren aus der Euro-Zone und sie dadurch außerhalb Britanniens schwerer zu verkaufen sind. Auf der Demonstration in Birmingham griffen die Gewerkschaftsbürokraten dieses Argument auf und beschwören die Regierung, dass das starke Pfund die britischen Exporte benachteilige.

Um den Beitritt Britanniens zum Euro zu beschleunigen, ist Blair davon besessen, den Union Jack gegenüber den „Euroskeptikern“ für sich zu beanspruchen. Er hat einen patriotischen Kreuzzug angefangen und sagt: „Was Europa angeht, so bedeutet es nicht, antieuropäisch zu sein, wenn man sich für Britannien einsetzt. Es ist nicht pro-britisch, antieuropäisch zu sein“, und schließt in seine Liste der Interessen Britanniens ein, „Europa näher an die USA heranzurücken“ (*Independent*, 29. März). Dies beschreibt die Rolle, die er für Britannien als Juniorpartner des US-Imperialismus innerhalb der EU sucht.

Unsere Opposition gegenüber der EU hat als Grundlage proletarischen Internationalismus, der dem nationalistischen Protektionismus, der von den „Euroskeptikern“ propagiert wird, genau entgegengesetzt ist, seien es nun Old-Labour-Reformisten wie Scargill oder EU-freundliche Gewerkschaftsbürokraten wie Ken Jackson oder Bill Morris. Der widerliche fahnenschwenkende Chauvinismus ihrer „Rettet Rover“-Kampagne ist das passende Beiwerk zu ihrer den Klassenkampf zurückweisenden Politik, der Ausdruck ihres Eifers, dem britischen Imperialismus zu Hause und im Ausland zu dienen.

Die Gewerkschaftsbewegung muss einen Klassenkampf um Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen führen, der über die nationalen Grenzen hinausgeht und unver-

meidlich das gesamte kapitalistische System herausfordern wird. Der Kapitalismus hat einen Weltmarkt geschaffen und damit, wie Karl Marx und Friedrich Engels vor über 150 Jahren dargelegt haben, gleichzeitig die Grundlage für proletarischen Internationalismus gelegt. Die Arbeiter in Deutschland sind ähnlichen Angriffen von Gerhard Schröders regierenden Sozialdemokraten ausgesetzt wie die Arbeiter in Britannien von Blair und New Labour. In ganz Europa ist es die strategische Aufgabe für Revolutionäre, die Arbeiter zu der Erkenntnis zu bringen, dass ein vollständiger Bruch mit der Sozialdemokratie unerlässlich ist.

Die IKL hat sich der Aufgabe verschrieben, Trotzki's Vierte Internationale wiederzuschmieden, das notwendige Instrument zum Kampf für neue Oktoberrevolutionen, durch unerbittlichen politischen Kampf gegen sozialdemokratische Parteien und die vorgeblichen „Sozialisten“ in ihrem Dunstkreis. Für eine Föderation der Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!■

**Abonniert!**



*Workers Hammer*  
Zeitung der Spartacist  
League/Britain

4 Ausgaben inkl.  
*Spartacist* (englische  
Ausgabe)

Europa DM 10,-

**Zu beziehen über:**  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 1 1988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60

## Cliffs Kalte Krieger...

Fortsetzung von Seite 17

Anti-China-Kampagne und der der Republikaner, zu einer Zeit, wo die protektionistischen Kampagnen der Gewerkschaften die „Demokraten in tiefe Besorgnis stürzen“, wie die *New York Times* (12. April) bemerkt; denn die Gewerkschaften sind die aktivste Wählerschaft der Demokraten, und ihre Aktionen gegen China haben die Partei in einem Wahljahr gespalten. Die ISO ist besorgt, dass die Gewerkschaftsbürokratie sich zu weit von der Herde der Demokraten entfernt: „AFL-CIO-Funktionäre haben angekündigt, dass sie bereit wären, mit republikanischen Kongressmitgliedern, die die Gewerkschaft hassen, zusammenzuarbeiten, um Chinas Beitritt zu verhindern“ (*Socialist Worker*, 3. März). Und die ISO beschwert sich sogar, dass Clinton zu *weich* gegenüber China sei: „1991 griff Möchtegern-Präsident Bill Clinton den damaligen Präsidenten Bush dafür an, ‚Diktatoren zu hätscheln‘ und Handelsbeziehungen zu China aufrechtzuerhalten. Aber nachdem er als Gewerkschaftsfreund posiert hatte und ins Weiße Haus gewählt worden war, ließ Clinton schnell jede Idee von Sanktionen gegen China fallen und übernahm Bushs Politik“ (*International Socialist Review*, Frühjahr 2000).

Im Grunde genommen bittet die ISO die Gewerkschaftsbürokraten einfach nur darum, zu den Demokraten netter zu sein. Sie schreibt: „Wenn es der AFL-CIO ernst ist mit dem Kampf für Arbeiterrechte, dann muss sie der Tatsache ins Auge sehen, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht“ (*Socialist Worker*, 3. März). Dieser berühmte

Ausruf von Karl Liebknecht ist eine Ermahnung, sich gegen die „eigene“ herrschende Klasse zu stellen. Es ist völlig lächerlich, mit solchen Worten an die AFL-CIO-Spitzen zu appellieren, die international als *Agenten* des „Hauptfeindes im eigenen Land“ fungieren. Wie Lenin uns lehrte, sind die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten eine „Arbeiteraristokratie“, die mit Geld aus den Profiten der imperialistischen Plünderungen bestochen wird.

Wenn revolutionäre Marxisten sagen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, dann bringen wir unsere Perspektive zum Ausdruck, das Proletariat im revolutionären Kampf zu mobilisieren, um die Macht unserer „eigenen“ Bourgeoisie zu zerschlagen, der reichsten und gefährlichsten imperialistischen Kraft auf dem Erdball. Das beinhaltet, von den Demokraten zu brechen und eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften zu schmieden. Es bedeutet auch die bedingungslose militärische Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, die bereits erobert wurden und in China weiterhin existieren; das ist Teil des Kampfes für die sozialistische Machteroberung durch das Proletariat weltweit, die die materielle Grundlage dafür legen wird, Armut, Krankheiten und soziale Unterdrückung zu beenden, die der Imperialismus Millionen auf der ganzen Welt aufzwingt. Während die ISO versucht, Jugendliche als Wasserträger für die reaktionäre AFL-CIO anzuwerben, die sich ihrerseits hinter die konterrevolutionären Ziele des US-Imperialismus stellt, kämpfen die Spartacus Youth Clubs (Jugendclubs der SL/U.S.) dafür, Jugendliche für ein Programm der Arbeiterrevolution gegen den US-Imperialismus zu gewinnen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 735, 5. Mai 2000

## Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 10

Aber als er *wiederum* verurteilt wurde, zogen sich die Liberalen von seinem Fall fluchtartig zurück und Carter verbrachte weitere zehn Jahre im Gefängnis. Lasst euch nicht durch diejenigen, die Vertrauen in die „Neutralität“ des rassistischen, imperialistischen US-Staates predigen, davon abhalten, eure Entschlossenheit zur Befreiung Mumias zu demonstrieren!

Wir gehen zuerst von dem marxistischen Verständnis aus, dass der kapitalistische Staat, basierend auf den Bullen, Gerichten und Gefängnissen, ein Mittel der organisierten Gewalt gegen die ausgebeutete und unterdrückte Arbeiterklasse ist. Während wir jedes Mittel der Rechtshilfe nutzen müssen, muss der Kampf für Mumias Freiheit *unabhängig vom rassistischen kapitalistischen Staat*, der seit Jahren an dem Komplott gegen ihn arbeitet, mobilisiert werden.

Wir setzen unser ganzes Vertrauen in die soziale Macht der multirassischen Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften der Arbeiter sind im rassistischen Amerika die einzige bedeutende Kraft für die Integration am Arbeitsplatz und in der Fabrik. Im Gegensatz zu Studenten hat die Arbeiterklasse in den Gewerkschaften die soziale Macht und das Potenzial, zum Bataillon im Kampf gegen Rassenunterdrückung und Ausbeutung zu werden und die Grundlagen des verfallenden Weltimperialismus zu erschüttern. Wenn der Kampf für die Freiheit Mumias und für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe durch eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung in Angriff genommen wird, wäre das ein erster, gewaltiger Schritt in diese Richtung. Aber um diesen Kampf zu führen, muss die Arbeiterbewegung den Einfluss der derzeitigen prokapitalistischen AFL-CIO-Irreführung brechen, die die Arbeiterklasse an Händen und Füßen

fesselt, indem sie Vertrauen in die kapitalistische demokratische Partei predigt. Im Kampf für Mumias Freiheit muss nicht nur gegen den kapitalistischen Staat mobilisiert werden, sondern auch gegen die kapitalistischen Parteien, die ihn verwalten.

Am 23. Oktober 1999 hat eine machtvolle multirassische, auf der Arbeiterklasse basierende Mobilisierung von 10000 Menschen, die vom PDC initiiert wurde, die rassistischen Terroristen des KKK aus den Straßen von New York City verjagt – gegen den Widerstand der Demokratischen Partei, die *die „Rechte“ der KKK-Mörder verteidigte*. Das war im kleinen Maßstab ein machtvolles Beispiel von einer revolutionären Arbeiterpartei in Aktion – die alle Unterdrückten hinter der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten, deren Parteien und deren Staat mobilisierte –, im Gegensatz zu den Irreführern der Gewerkschaften, die Arbeiter und Schwarze an die Demokraten ketten.

Als Mumia im August 1995 ein Aufschub der Hinrichtung bewilligt wurde, schrieb er: „Lasst uns diese wertvolle Zeit nutzen, eine stärkere und breitere Bewegung aufzubauen, um nicht eine Hinrichtung ‚aufzuschieben‘, sondern alle zu stoppen! *Nieder mit der rassistischen US-Todesstrafe!*“ Die Unterdrückung der Schwarzen ist ein integraler Bestandteil des rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Um den ganzen kapitalistischen Unterdrückungsapparat wegzufegen und um mit seinem ganzen System von Rassenunterdrückung, Ausbeutung und Krieg Schluss zu machen, braucht man eine multirassische revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kampf führt für eine Arbeiterregierung, die die Industrie den kapitalistischen Eigentümern entreißen und Amerika auf einer sozialistischen Planwirtschaft wieder aufbauen wird. *Führt den Bürgerkrieg zu Ende! Vorwärts zu einem Arbeiterstaat!*

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 736, 19. Mai 2000

## Gruppe Spartakus...

Fortsetzung von Seite 8

durchführen konnte. Sie sahen und sehen die Konterrevolution als sozialdemokratisch gegeben an und als unabwendbar. Die Konterrevolution in der DDR, in Osteuropa und der Sowjetunion und das kapitalistische Elend von Massenarbeitslosigkeit und Armut sind aber genau die Basis für das alarmierende Anwachsen von Faschismus und fremdenfeindlichem chauvinistischem Terror.

Der Eintritt von Haider's FPÖ in die Koalitionsregierung mit der ÖVP führte zu großen Demonstrationen in Wien und ganz Westeuropa gegen diese Regierung. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ stellt eine finstere Bedrohung der Arbeiterklasse, der Immigranten und anderen Minderheiten dar. Doch die Stoßrichtung der Proteste ist es, die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) wieder an die Macht zu bringen, die jahrzehntelang den rassistischen kapitalistischen österreichischen Staat verwaltet hat. Diese Politik des „kleineren Übels“ ist die Essenz des Reformismus und dient dazu, die Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse aufzufangen, sie vom Klassenkampf in den Fabriken abzuhalten und in parlamentarische Manöver und Bündnisse mit der Bourgeoisie (Volksfronten) zu lenken. So binden die Sozialdemokraten, ihre zentristischen Anhängsel und die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter als Klasse an den kapitalistischen Staat.

Faschismus ist kein Betriebsunfall, sondern ein logisches Resultat der kapitalistischen Gesellschaft, welche die ihr innewohnenden Widersprüche nicht mehr mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie zähmen kann. Es gibt also keinen grundlegenden sozialen Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Der Versuch der SPD und ihrer linken Anhängsel, die bürgerliche Demokratie zu bewahren, ist daher völlig nutzlos. Schlimmer noch, er würde den Faschismus, als logischen Auswuchs des Kapitalismus, letztendlich unvermeidlich machen, wie die deutsche Geschichte nur zu deutlich bewiesen hat. Der Kampf für *proletarische Demokratie* – d. h. die *Diktatur des Proletariats*, einen *Arbeiterstaat* – wird die bürgerliche „Demokratie“, die Herrschaft der Kapitalisten, zerschlagen und damit auch die Basis des Faschismus.

Der GS ist es in Wirklichkeit völlig egal, ob die Republikaner oder die FPÖ Nazis sind oder nicht – für ihre tatsächliche Politik macht dies keinerlei Unterschied. So schreiben sie: „Die FPÖ beherbergt in ihren Reihen Nazis, verharmlost den Nationalsozialismus und verbreitet extreme rassistische Demagogie. Es ist deshalb wichtig, ihr öffentliches Auftreten zu verhindern“ (*Bolschewik*, Mai 2000). Hauptsache „Einheit gegen rechts“ – aber diese Logik dient immer nur dazu, Einheit mit der SPD oder SPÖ herzustellen. Dies wurde von ihnen klar am Vorabend der Bundestagswahlen 1998 ausgedrückt – als die SPD auf dem Sprung in die Regierung rassistischen Staatsterror schürte und anführte und sich bereit machte, den Balkankrieg zu führen. Da propagierte die GS, die SPD-Führung zum „Kampf gegen den Faschismus“ aufzufordern: „Die Aufgabe von RevolutionärInnen ist es, im anti-faschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit ‚ihrer‘ Basis zu testen“ (*Bolschewik*, April 1998). SPD und PDS tischen uns tatsächlich jede Menge „Aktion“ auf: Sie dirigieren rassistischen Staatsterror, schützen die Nazis durch ihre Bullen und lassen Anti-Nazi-Demonstrationen niederknüppeln.

Eine Einheitsfront, um die Nazis zu stoppen, muss auf der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse basieren. Was SPD, PDS und Gewerkschaftsbürokratie organisieren, und wo sich die GS ihnen immer unterordnet, sind



Der Spiegel

**Dezember 1989, Berliner SPD-Parteitag. Antikommunistische SPD kämpfte von Anfang an für Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR. GS schrie im Januar 1990 nach „Einheitsfront“ mit SPD**

nicht Einheitsfrontaktionen, um die Nazis zu stoppen, sondern Propagandablöcke („Gemeinsam gegen rechts“) und Volksfrontbündnisse. Sie sind eine Abdeckung der rassistischen und imperialistischen Politik der Sozialdemokratie an der Regierung. Diese „Einheit“ soll Arbeiter und linke Jugendliche mit ihrer eigenen herrschenden Klasse versöhnen und ermöglicht es so den Nazis, ungehindert durch Großstädte mit einer starken, gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse zu marschieren.

Wir intervenierten in Wien und bei anderen Protesten gegen Haider in Europa mit unserem Flugblatt „Vorsicht vor EU-Sozialdemokraten – imperialistische Schlächter und Streikbrecher. Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider!“ um Arbeiter und linke Jugendliche von der Notwendigkeit des Bruchs mit der Sozialdemokratie zu überzeugen, um das kapitalistische System zu stürzen, das unweigerlich Rassismus und imperialistische Kriege hervorbringt. Genauso intervenierten z. B. unsere französischen Genossen gegen die KP/SP-Volksfrontregierung, d. h. gegen den eigenen Imperialismus.

Der SPD-geführte deutsche Imperialismus will, mit Hilfe seiner Partner in der EU, mit den Sanktionen gegen Österreich einen Präzedenzfall schaffen, um anderen EU-Staaten seine Politik zu diktieren. Innenpolitisch hat die

Fortgesetzt auf Seite 24

**Die SpAD macht die Kritik ihrer Opponenten zugänglich.**

**DM 5,-  
(57 Seiten)**

**Bestellt über:**  
Verlag Avantgarde  
Postfach 5 55  
10127 Berlin

Konto 119 88-601  
Postbank  
Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60

**Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen**

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Gruppe Spartakus:  
„Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verteidigung. Zur Geschichte der Internationalen Kommunistischen Liga“  
(*Trotzkistisches Bulletin* Nr. 1, Mai 1991)

Antwort der Spartakisten:  
„Jetzt im Klartext – 87 Zur Verteidigung der UdSSR: Nein, Danke!“ Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie“  
(*Spartakist* Nr. 87, Juni 1991)

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands  
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

DM 5,-



Westberlin, 30. Januar 1989: 20 000 Arbeiter/Immigranten protestierten gegen Wahlerfolg der Republikaner-Nazis (links). Nazi-Wahlspot war Auslöser für Mord an Ufuk Sahin. Spartakisten auf Protestdemonstration am 20. Mai

## Gruppe Spartakus...

Fortsetzung von Seite 23

Anti-Haider-Kampagne den Zweck, insbesondere in Deutschland, dass sich die Regierungen ein antifaschistisches Mäntelchen umhängen können, während sie rassistischen Staatsterror organisieren und mit ihrer Sozialraupolitik die Arbeiterklasse angreifen. Als proletarische Internationalisten stehen wir Spartakisten in unerschütterlicher Opposition gegen unseren „eigenen“ Imperialismus. In der Tradition Karl Liebknechts erklären wir: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Ganz im Gegensatz dazu die GS. Von den Demonstrationen gegen Haider schreibt die GS: „... nicht alle ProtestteilnehmerInnen sind (unabänderliche) Laufburschen der Sozialdemokratie“ („Dr. Jekyll und Mr. Haider“, *Bolschewik*, Mai 2000). Mit Sicherheit sehen sich nicht alle, die gegen Haider demonstrieren, als Laufburschen der Sozialdemokratie. Doch gerade diese sollten sich insbesondere vor der GS in Acht nehmen. Die GS ist nicht nur ein Laufbursche für die rassistische SPÖ. Es war die SPD, die im Interesse des deutschen Imperialismus bei der Holocaust-Konferenz in Schweden Ende Januar darauf drängte, die Sanktionen gegen Österreich zu verhängen. Aber die GS dreht die Geschichte um und stellt den deutschen Imperialismus als *Opfer* dar: „Viertens können es die europäischen Konkurrenten des deutschen Imperialismus nicht hinnehmen, daß dieser durch Haiders Relativierung des Nationalsozialismus indirekt entlastet wird“ (*Bolschewik*, Mai 2000). Ansonsten taucht die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz in diesem Artikel gar nicht auf. Das ist eine unverfrorene Unterstützung des eigenen Imperialismus und seiner SPD-geführten Regierung, die die Anti-Haider-Kampagne initiiert haben und dazu benutzen wollen, um jede Unbotmäßigkeit eines EU-Landes, speziell jede Gegnerschaft zu einer EU-Osterweiterung, zu unterdrücken. Die EU-Osterweiterung ist ein Instrument des deutschen Imperialismus für ihren erneuten Drang nach Osten. Lenin brandmarkte „Sozialisten“ wie die GS, die ihre eigene Bourgeoisie unterstützen, als Sozialchauvinisten.

Die GS verneint die Führung der SPÖ bei den Protesten gegen Haider und schreibt: „Solange die Proteste nicht direkt zur Unterstützung der SPÖ aufrufen, können MarxistInnen an ihnen mit ihren eigenen Losungen teilnehmen“. Ihre Losungen sind: „Für einen Generalstreik gegen die Regierung und alle Angriffe auf ArbeiterInnen und ImmigrantInnen! Keine bürgerliche Regierung, eine Arbeiterregierung! Brecht mit der SPÖ!“ Bereits in unserem Flugblatt vom 18. Februar polemisierten wir gegen Gruppen wie ArbeiterInnenstandpunkt (ASt) und Sozialis-

tische LinksPartei (SLP), über deren Aufrufe zum Generalstreik bzw. deren Losungen: „In einer Situation, in der es keine faschistischen Mobilisierungen in den Straßen gibt und die Hauptfrage die Beteiligung der FPÖ an der Regierung ist, können die Losungen ‚Stoppt Haider‘, ‚Streik jetzt!‘ nur einen Aufruf für außerparlamentarische Aktionen für eine neue parlamentarische Koalition bedeuten, d.h. ein ‚militanter‘ Ruf, die FPÖ durch die SPÖ zu ersetzen.“ Genau dies trifft auch auf die GS zu. Nachdem sie uns zitiert hat, fragt die GS in ihrer Polemik: „Nur, was bedeutet dann eigentlich die korrekte Hauptlosung des Spartakist-Flugblattes ‚Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider?‘“ Die GS kann sich nichts anderes vorstellen, als dass dies eine Aufforderung an die SPÖ ist! Aber unsere Perspektive ist diametral entgegengesetzt: die von der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Arbeiterbewegung unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse. Um Haider zu bekämpfen, ist der Bruch mit dem Kapitalismus unabdingbar, der notwendigerweise Rassismus, Kriege und Elend hervorbringt.

Die Appetite der GS/IBT liegen exakt bei der Sozialdemokratie. Wie Trotzki in „Zentrismus und die Vierte Internationale“ betonte: „Der Zentrismus schwört auf die Einheitsfrontpolitik, wobei er sie des revolutionären Inhalts beraubt und aus einer taktischen Methode zum obersten Grundsatz macht.“ Dieses herausragende Zeichen des Zentrismus trifft auf die GS/IBT voll zu. Wenn sie von Einheitsfront sprechen, dann um die Einheit mit diesen imperialistischen Schlächtern und Feinden der Arbeiterklasse herzustellen. Im Gegensatz hierzu führen wir einen Kampf für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre linken Stiefellecker geschmiedet werden kann.

Die GS/IBT sind in Deutschland und international immer wieder auf das Engste verbunden mit ihrer Bourgeoisie und sind nichts anderes als eine Druckgruppe auf die sozialdemokratischen Parteien ihrer jeweiligen Länder. Hierzulande wollen sie der SPD ein „antifaschistisches“ Mäntelchen umhängen. Ihre kanadische Gruppe geht Arm in Arm mit der englischsprachigen Bourgeoisie, um die Unabhängigkeit Quebecs zu bekämpfen. Während des Balkankriegs 1999 stimmten sie bis in den Mai hinein mit Schröder, Scharping, Blair und Clinton in das Kriegsgeschrei über das „arme, kleine Kosovo“ ein, während die Bomben auf Belgrad fielen. Ihre Position änderten sie erst, als die bürgerliche Presse offen von der UCK als den Bodentruppen der NATO zu sprechen begann. Wir Trotzkiisten hingegen riefen auf, den „eigenen“, in Deutschland SPD-geführten Imperialismus durch Arbeiterrevolution zu stürzen und Serbien zu verteidigen. ■

## Linksruck in Trouble...

Fortsetzung von Seite 4

Unsere Genossin Carla, die wir während der Rosa-Luxemburg-Tage zur Spartakist-Jugend gewannen, sprach auf einer Veranstaltung zu Seattle. Sie beschrieb die Politik der Anti-IWF-Demo als antikommunistisch, weil ein wesentlicher Teil der Anti-IWF-Aktionen die so genannte „Seattle Tea Party“ war, bei der auf Geheiß der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie chinesischer Stahl im Hafen versenkt wurde. Und buddhistische Mönche demonstrierten für ein „Freies Tibet“. Solche Aktionen zielen auf die Zerstörung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats, der auf vergesellschaftetem Eigentum basiert. Unsere Genossin rief dazu auf, China bedingungslos militärisch gegen Konterrevolution zu verteidigen, und betonte die Notwendigkeit des Aufbaus einer trotzkistischen Partei in China. Einige Linksruckler applaudierten, was zeigt, dass sie in einem Widerspruch sind zwischen ihrem Willen, gegen die Einführung des Kapitalismus in China zu kämpfen, und dem Programm ihrer Organisation, die jede Konterrevolution gegen die deformierten Arbeiterstaaten unterstützt hat.

Auf einem Seminar über Frauenbefreiung betonte Carla, dass der Weg zur Frauenbefreiung die sozialistische Revolution ist, da die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus wurzelt. Deswegen bilden wir junge Frauen dazu aus, Führerinnen der Arbeiterklasse zu werden. Carla sprach über Afghanistan, wo 1979 ein Bürgerkrieg ausbrach zwischen einem kleinbürgerlich-nationalistischen Regime, das Frauen die Möglichkeit gab, den Schleier abzulegen und in den Genuss von Bildung zu kommen, und den reaktionären, Frauen mordenden und CIA-unterstützten islamischen Mudschaheddin. Als die Rote Armee in diesem Krieg gegen die Mullahs intervenierte, riefen wir „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und kämpften für die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker. Die SAG rief damals „Russen raus aus Afghanistan!“ (*Sozialistische Arbeiterzeitung*, 9. Januar 1980), und 1989, als die Moskauer Stalinisten die Rote Armee aus Afghanistan verräterischerweise abzogen, jubelte die SAG: „Der Weg nach vorn führt über den Sieg der Mullahs!“ (*Klassenkampf*, März 1989). Carla schloss ihren Beitrag damit, dass China heute von kapitalistischer Konterrevolution bedroht wird. Unsere Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats in China basiert nicht zuletzt darauf, dass Frauen unter den ersten und am härtesten getroffenen Opfern einer Konterrevolution sein würden, wenn diese nicht durch eine proletarisch-politische Revolution gestoppt wird.

Der amerikanische Trotzkiist und Führer der Socialist Workers Party, James P. Cannon, führte 1939 einen Kampf gegen eine Opposition in der SWP, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Verteidigung der Sowjetunion aufgab, zehn Jahre vor Tony Cliff. In der Rede „Wir sind die Partei der Russischen Revolution!“ machte er folgende Feststellung: „Verteidigung und Defätismus sind zwei grundsätzliche, das heißt unversöhnliche, Positionen... Die Verteidiger des eigenen Landes waren Defätisten gegenüber Russland. Die Verteidiger Russlands waren Defätisten gegenüber ihrem eigenen Land.“ Um zu beweisen, dass die Unterstützung von Linksruck für die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion damit einhergeht, den eigenen Imperialismus zu unterstützen, redeten unsere Genossen mit Linksrucklern über den imperialistischen Krieg gegen Serbien letztes Jahr. Wir riefen damals dazu auf, den Imperialismus durch Arbeiterrevolution zu stürzen und Serbien gegen die NATO-Angriffe zu verteidigen. Linksruck sprach sich zwar gegen die NATO-Bombardie-

rungen aus, aber das hatte nichts damit zu tun, dass Linksruck an einem Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie interessiert war. In der Broschüre „Perspektiven für Frieden auf dem Balkan“, die Linksruck mitten im Krieg herausgab, heißt es: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt.“ Das ist giftiger nationalistischer Antiamerikanismus und lenkt von den Verbrechen des deutschen Imperialismus ab, nicht zuletzt vom Holocaust, bei dem 6 Millionen Juden von der deutschen Bourgeoisie ermordet wurden.

Ein Führer der britischen Schwesterpartei von Linksruck, Alex Callinicos, unterschrieb während des Kriegs einen Brief, der ein Ende des NATO-Kriegs, stattdessen aber eine Stationierung von OSZE-Truppen im Kosovo forderte. Die OSZE-Truppen sind aber auch imperialistische Truppen, nämlich unter dem Befehl von europäischen Imperialisten im Bündnis mit dem heute kapitalistischen Russland. Ein britischer Kader von Linksruck, der zu unserem Büchertisch kam, verteidigte den Brief von Callinicos und meinte, es sei in erster Linie ein Brief für Frieden gewesen. Als wir ihn aufforderten, den umstehenden Leuten zu erklären, wie die Besetzung des Kosovo durch Truppen europäischer Imperialisten Frieden auf dem Balkan bringen würde, erblasste er und verließ die Diskussion. Kurz darauf verkauften wir ein *Spartakist*-Abo an einen der Jugendlichen, die der Diskussion aufmerksam folgten.

An den Rosa-Luxemburg-Tagen nahmen auch die Gruppe Arbeitermacht und die Sozialistische Alternative Voran teil. Manchen mögen diese Gruppen als eine linke Alternative zum Hinterherlaufen von Linksruck hinter der Sozialdemokratie erscheinen. Sowohl die GAM als auch die SAV kritisieren Linksruck für ihren „Staatskapitalismus“. Aber keine der beiden Gruppen zieht programmatische Schlussfolgerungen daraus. Im Februar 1990 rief die SAV „Für die Vereinigung BRD/DDR!“ und forderte die SPD auf, „in die Offensive!“ (*Voran*, Februar 1990) zu gehen, die wiederum von Anfang an für kapitalistische Wiedervereinigung eintrat. Während der politischen Revolution in der DDR gab die irische Gruppe der GAM die Losung aus: „Nieder mit dem Stalinismus – Nieder mit dem Imperialismus“. Das setzt ein Gleichheitszeichen zwischen einem deformierten Arbeiterstaat und einem kapitalistischen Staat, genau wie es Tony Cliff tat. Die Schwestergruppen der GAM und der SAV standen in der Sowjetunion zusammen mit den Cliff-Anhängern auf den Jelzin-Barrikaden der Konterrevolution. Wie wir an GAM und SAV sehen können, bedeutet eine *Papierkritik* am „Staatskapitalismus“ noch lange nicht, die deformierten Arbeiterstaaten gegen Konterrevolution zu verteidigen.

Wir von der Spartakist-Jugend gewinnen Jugendliche zum Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die auf dem Programm basiert, die Arbeiterklasse weltweit an die Macht zu bringen. Deswegen versuchen wir linke Jugendliche, die für Revolution kämpfen wollen, von unserem Programm zu überzeugen und von anderen Gruppen zu brechen, die vorgeben revolutionär zu sein, aber in der Praxis eine konterrevolutionäre Politik betreiben, so wie Linksruck, GAM und SAV. Wie Genossin Carla am Ende der Rosa-Luxemburg-Tage in ihrer Eintrittserklärung schrieb: „Viele andere scheinbar linke Gruppen haben mir gezeigt, wie sehr sie von dieser Linie nicht nur abweichen, sondern auch ein Hindernis sind, auch wenn sie oft vorgeben, dieselben Ziele zu haben. Die Diskussionen in den letzten beiden Tagen haben mich noch einmal verfestigt in meinen Meinungen. Und nun fühle ich mich endlich bereit dazu, der Spartakist-Jugend beizutreten, um meinen Überzeugungen Konsequenz zu verleihen.“ Mitglieder von Linksruck, die für Revolution kämpfen wollen: Lest unsere Propaganda und sucht die Diskussion mit uns. ■

## PDS: Keine Alternative...

Fortsetzung von Seite 32

geschlossener Friede würde nur eine Atempause vor einem neuerlichen Krieg sein. Nur ein revolutionärer Massenkampf gegen Krieg und Imperialismus, den der Krieg hervorbringt, kann einen wirklichen Frieden sichern. [Lenin:] „Ohne eine Anzahl von Revolutionen ist der sogenannte demokratische Frieden eine Mittelklasse-Utopie.“ „Wir Trotzkiisten kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, deren Zweck es ist, in einer proletarischen Revolution die Arbeiterklasse an die Macht zu führen und dieses kapitalistische System, die Ursache von Rassismus, Krieg, Armut, hinzuzufügen.“

Die Kommunistische Plattform der PDS jubelt jetzt nach Münster: „Die Entscheidung des Münsteraner Parteitag ... ist von prinzipieller Bedeutung für den Erhalt der Partei, sowie ihr Ansehen unter SympathisantInnen und WählerInnen“ (Mitteilung Nr. 6/2000). Winfried Wolf sagt: „Faktisch wurde mit Zweidrittel-Mehrheit Nein zu jedem Einfallstor für militaristische Lösungen gesagt“ (Erklärung vom 11. April). Und der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) erklärt, dass „eine Aufweichung der friedenspolitischen Positionen der PDS vorerst verhindert“ worden sei (Avanti, Mai 2000). Ihnen geht es darum, das Ansehen und vor allem die Einheit der PDS zu bewahren, um besser Druck auf sie ausüben zu können.

### PDS – Alternative Strategien für deutschen Imperialismus

Als Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas haben sich die inter-imperialistischen Rivalitäten immens verschärft. Während des Balkankrieges war ein Teil der deutschen Bourgeoisie nicht begeistert davon, dass die Vereinigten Staaten, d. h. ihr imperialistischer Rivale, ihren Einfluss auf dem Balkan verstärken, den die deutsche Bourgeoisie als ihren Brückenkopf zum Öl des Nahen Ostens und des Kaukasus betrachtet. So beklagte sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, unter dessen Regierung NATO-Atomraketen gegen die Sowjetunion in Deutschland stationiert worden waren, Deutschland werde „gegängelt von der USA“. Und das war auch der wahre Grund der Opposition der PDS gegen den Krieg. So zitierte Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der PDS, zustimmend Schmidts Erklärung vor dem Bundestag und schrieb am

28. Mai vorigen Jahres, während der deutsche Imperialismus Bomben auf Jugoslawien hageln ließ, einen Brief an Fischer, in dem es hieß: „Es geht um Europa und um Deutschland... Ihre Ankündigungen, ‚Rußland ins Boot zu holen‘, Ihre Bereitschaft, auch mit Milosevic zu verhandeln, und die Absicht, die UNO wieder zum Akteur zu machen, werden zur Farce, wenn zugleich einseitig die NATO Fakten schafft, an denen schon der Vertrag von Rambouillet scheiterte.“

„Rußland ins Boot zu holen“ bringt das strategische Interesse der deutschen Bourgeoisie an den Ölvorkommen Russlands zum Ausdruck, ohne das sie keine eigenständige Rolle spielen kann. Deutschland bezieht heute schon 30 Prozent seiner Öl- und Gasimporte aus Russland. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, erklärte im Juli letzten Jahres: „Die EU-Regierungen müssen eine realistische Vision für eine langfristige Zusammenarbeit mit Russland entwickeln. Europa braucht dringend eine Strategie für eine gemeinsame Politik gegenüber Russland. Wir müssen in diese Partnerschaft nicht nur die Wirtschaft, sondern auch soziale Angelegenheiten, Verteidigungs- und Sicherheitsfragen einbeziehen“ (Financial Times, 2. Juli 1999).

Das entspricht der Forderung der PDS: „Die PDS fordert die Bundesregierung erneut auf, ein Konzept deutscher und europäischer Russlandpolitik vorzulegen, das die Integration von und die Kooperation mit Russland in Europa fördert, Russland wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren hilft und damit einen Baustein für dauerhaften Frieden, Abrüstung und kooperative Sicherheit in Europa und in der Welt legt“ (Bisky, Aktuelle Presseerklärung, 27. März). Wofür die PDS also eintritt, ist ein Bündnis mit dem kapitalistischen Russland, damit der deutsche Imperialismus so eine unabhängigere Rolle vom US-Imperialismus spielen kann. Dabei will die PDS ihre Verbindungen mit der Sowjetunion aus den Zeiten vor der Konterrevolution einbringen. So findet man auch die Forderung der PDS nach einer Rückkehr der OSZE-Beobachter in den Kosovo während des Balkankrieges: Die OSZE ist eine Agentur der europäischen Imperialisten, die Russland einbezieht und deren Aktivitäten direkt vom deutschen Imperialismus dominiert werden! *Unter der Tarnung „Stoppt den NATO-Krieg“ spielte die PDS eine Schlüsselrolle, um die massive Unruhe und Opposition, die der erste Kriegseinsatz deutscher Truppen seit Ende des Zweiten Weltkriegs hervorrief, in eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus zu kanalisieren.*

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga dagegen intervenierten mit der Losung „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!“ und entlarvten die imperialistische Kriegspropaganda mit dem Ziel, die Arbeiter gegen ihre jeweils „eigene“ Bourgeoisie zu mobilisieren. Wie wir in unserer Internationalen Erklärung schrieben:

„Die IKL steht in der Tradition von W. I. Lenin, dessen *Sozialismus und Krieg*, ein machtvolles Handbuch des revolutionären Internationalismus, 1915 geschrieben und während des Krieges in ganz Europa klandestin unter Arbeitern und Soldaten verbreitet wurde. Es lehrt uns: ‚Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung ‚Weder Sieg noch Niederlage‘ stehen gleichermaßen auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen.‘ Lenin betonte, dass es im Falle eines imperialistischen

# SPARTACIST

KUNSTWERK 16 DEUTSCHE AUSGABE HERBST 1994 DM 2,- 45 20

## Bestellt Spartacist!

(deutsche Ausgabe)

**Nr. 16**

**Herbst 1994**

48 Seiten

**DM 2,-**

**Zu beziehen über:**  
 Verlag Avantgarde  
 Postfach 5 55  
 10127 Berlin  
 Konto 1 1988-601  
 Postbank Frankfurt/M.  
 BLZ 500 100 60

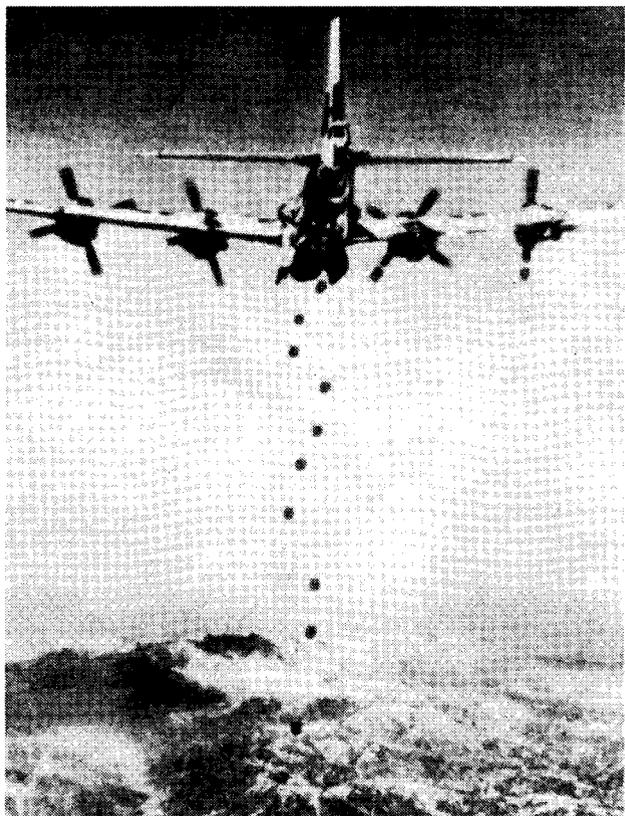
**Stalinismus – Totengräber der Revolution**  
**Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde**  
 Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufügen!

Pseudo-Trotzkisten zur Ukraine  
 Warum sie Trotzkis mißbrauchen ..... 18  
 Über Trotzkis Eintreten für eine unabhängige Sowjet-Ukraine ..... 17

IKL-Diskussionen über Osteuropa und die Sowjetunion  
 Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa von Joseph Seymour ..... 26  
 Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive von Albert St. John ..... 40

USA: Weg mit der rassistischen Todesstrafe!  
 Rettet Mumia Abu-Jamal! ..... 48

Prometheus Research Library  
 Zentrale Schriften von Trotzkis zum ersten Mal auf Russisch erschienen  
 Die Kommunistische Internationale nach Lenin ... 25



JW-Archiv



Le Nouvel Afrique Asie

**Verbrechen der UNO. Links: Imperialisten ermordeten vier Millionen Koreaner und Chinesen im Koreakrieg 1950–53. PDS unterstützte UN-Blockade gegen Irak, an deren Folgen über eine Million Menschen starben. Oben: Protest gegen UN-Blockade im Irak 1995 fordert: „Wir brauchen Medikamente, stoppt die Sanktionen!“**

Krieges gegen eine kleine Nation oder ein halbkoloniales Volk die Pflicht der Arbeiterklasse ist, nicht nur für die Niederlage ihrer ‚eigenen‘ Regierung zu kämpfen, sondern auch die Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. Im gegenwärtigen Krieg sind wir für die militärische Verteidigung Serbiens, ohne dem Milosevic-Regime auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben.“ (abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000)

### **PDS – Mitverwalter des deutschen Imperialismus**

Der Vorstoß der Parteiführung kam unmittelbar nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Herbst vorigen Jahres. Große Teile der Arbeiterklasse blieben zu Hause und gaben nicht ihre Stimme der SPD, die den Balkankrieg führte. Die PDS dagegen gewann in den Bundesländern, in denen sie in der Opposition ist, zum großen Teil wegen ihrer Antikriegsrhetorik. Dies ließ die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der PDS auch auf Bundesebene in greifbare Nähe rücken und heizte die Debatte an. So sagte Gysi im Oktober: „Die SPD ist gezwungen, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie links Stimmen gewinnen kann“, und führte aus, es gehe mittelfristig um „Mitte-Links-Optionen“, sprich eine SPD-PDS-Bundesregierung (*Tagesspiegel*, 23. Oktober 1999). Eine solche PDS-SPD-Bundesregierung, wie sie Gysi anstrebt, wäre genauso wie die jetzige SPD-Grünen-Regierung eine *kapitalistische* Regierung. Denn wie Lenin erklärte, besteht der Staat aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“, die bestimmte Eigentumsformen an Produktionsmitteln verteidigen.

Und das kann man jetzt schon sehen, wo die PDS den deutschen Imperialismus mitverwaltet: in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt. Die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern führt einen genauso brutalen rassistischen Staatsterror durch wie die vorherige CDU-SPD-Regierung. Allein im letzten Jahr wurden 452 Flüchtlinge abgeschoben, 391 reisten „freiwillig“ aus. Und als im PDS-„tolerierten“ Sachsen-Anhalt ein Jugendlicher indischer Herkunft durch Abschiebeknast in den Selbstmord

getrieben wurde, forderte die PDS einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und setzte ihre Regierungsunterstützung fort. Im April erklärte die PDS in Sachsen-Anhalt, sie werde wegen der geplanten Verschärfung des Bullengesetzes nicht der SPD-Minderheitsregierung ihre Unterstützung entziehen, somit ist sie für diese Verschärfung verantwortlich. Als Belohnung versprach SPD-Höppner der PDS die Regierungsbeteiligung nach den Landtagswahlen 2002. Dann werde es „eine richtige Koalition geben“ (*junge Welt*, 27. April). Und als Anfang Juni die ÖTV eine Urabstimmung über einen Streik durchführte, bei dem es zentral um „Gleicher Lohn in Ost und West“ ging, erklärte die PDS, „eine hundertprozentige Angleichung der Ost-Tarife im öffentlichen Dienst an das Westniveau [sei] nicht möglich“, und versuchte anschließend die Wut über die im Tarifvertrag zementierte Ungleichheit der Löhne in Ost und West in ostdeutschen Nationalismus zu kanalisieren.

Wir haben bei der Bundestagswahl 1998 dazu aufgerufen: „Keine Stimme für SPD, PDS!“, denn diese Parteien sind imperialistische Kriegshetzer und rassistische Abschieber. Dagegen besteht die Politik der Pseudotrotzkisten, die jetzt die PDS-Linke hochjubeln, darin, die Sozialdemokratie als angeblich kleineres Übel zu unterstützen. So rief der RSB zur Wahl der PDS auf, die ihre Unterstützung für eine SPD-Regierung erklärt hatte, sprich er unterstützte die SPD durch die Hintertür. Und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) rief direkt zur Wahl der SPD auf, im Osten zur Wahl von SPD oder PDS.

Das Ziel der PDS, den deutschen Imperialismus auch bundesweit zu verwalten, war *nicht* eine grundsätzliche Streitfrage auf dem PDS-Parteitag. So erklärte Wolf: „Das Ziel, auch auf Bundesebene als Koalitionspartner bereit zu stehen, ist natürlich nicht als solches abzulehnen. Es muss jedoch klar sein: Entweder der PDS und anderen Kräften gelingt es, bis 2002 eine so mächtige außerparlamentarische und parlamentarische Bewegung zu entwickeln, daß eine neue Bundesregierung ab 2002 allen großen unsozialen und militaristischen Schweinereien entsagen müsste“ (*junge Welt*, 18. März). Lenin erklärte gegen Kautsky, der im Prinzip das Gleiche nur mit linkeren Argumenten predigte: „Wir

*Fortgesetzt auf Seite 28*



Andreas Schoelzel

**PDS-Parteitag in Münster lehnte Führungsantrag ab, der den Weg für Unterstützung deutscher Kriegseinsätze freimachen sollte. PDS-„Linke“ schürt Illusionen in „friedlichen Imperialismus“**

## PDS: Keine Alternative...

Fortsetzung von Seite 27

aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse‘, sondern um den *Sturz der Bourgeoisie*, um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ (Lenin, *Staat und Revolution*).

### UNO – Imperialistische Räuberhöhle

Die PDS rief in einem Entschließungsantrag im Bundestag (6. Mai) während des Krieges nach einer „UNO-Friedenstruppe ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten“. Doch die UNO ist im Wesentlichen ein Abkommen kapitalistischer Staaten. Und die Hand voll imperialistischer Staaten, d. h. vor allem USA, Deutschland, Japan, beuten die gesamte Welt aus, würgen ihre Austeritätsmaßnahmen mit Hilfe des IWF den neokolonial unterdrückten Ländern der so genannten „Dritten Welt“ rein und halten diese in vollständiger ökonomischer Abhängigkeit. Basierend auf ihrer überlegenen Industrie verfügen sie über eine überwältigen-

de Militärmacht. Daher dominieren sie zwangsläufig die UNO. Es ist also völlig lächerlich zu glauben, der deutsche oder der US-Imperialismus könnten mittels der UNO aus dem Kosovo rausgehalten werden! Die Imperialisten führten doch den ganzen Krieg zu keinem anderen Zweck, als dort ihre Truppen zu stationieren. Wir Trotzlisten fordern: Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle Bundeswehr/NATO/UNO/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan!

Die vom PDS-Parteitag angenommene Resolution propagiert die UNO „als unverzichtbare internationale Organisation...“, die gestützt auf ihre Spezialorganisationen, eine wichtige Rolle zur Lösung der globalen Probleme dieser Welt spielen kann“. Hier ist, was Lenin über den Völkerbund sagte, den Vorläufer der UNO: „Privateigentum ist Diebstahl, und ein Staat, der sich auf Privateigentum

gründet, ist ein Staat von Räubern ... Es zeigte sich, daß es keinen Völkerbund gibt, daß der Bund der kapitalistischen Mächte nichts als Betrug ist und daß es sich in Wirklichkeit um einen Bund von Räubern handelt, von denen jeder darauf ausgeht, dem anderen etwas wegzuschneiden.“ Der 1920 gegründete Völkerbund war ein Abkommen imperialistischer Staaten und integraler Bestandteil des Versailler Vertrages, der die Beute des imperialistischen Siegerbündnisses des Ersten Weltkrieges, der Entente, auf die Partner aufteilte. Als der deutsche Imperialismus mit Hitlers Machtergreifung den Versailler Vertrag aufkündigte, verschwand auch der Völkerbund von der Bildfläche. Die UNO ist genauso ein Abkommen kapitalistischer Regierungen und im Wesentlichen ein Feigenblatt für imperialistischen Krieg. So war ihr erster wesentlicher Akt, 1950 einen imperialistischen Krieg in Korea, der von den USA geführt wurde, im Namen des „Völkerrechts“ zu heiligen und als Einsatz einer multinationalen „Polizeitruppe“ zu tarnen. Dieser konterrevolutionäre Krieg richtete sich gegen die gerade entstandenen deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China und war begleitet vom Ausbruch der antikommunistischen Kalten-Kriegs-Hysterie. Vier Millionen Koreaner und Chinesen wurden von den UN-Imperialisten ermordet und das Land dem Erdboden gleichgemacht.

Und was die so genannten „friedlichen“ UN-Einsätze angeht: 1991 unterstützte die PDS die UNO-Hungerblockade gegen den Irak. Diese Blockade hat seither 1,5 Millionen Iraker ermordet, vor allem Kinder, Kranke, ältere Menschen und Frauen. Das sind die Konsequenzen der PDS-„Friedenspolitik“, die vom Münsteraner Parteitag verteidigt wurde.

Mit dem Hochjubeln der UNO durch die PDS geht giftiger nationalistischer Antiamerikanismus einher, der als „antiimperialistische“ Rhetorik gegen die US-geführte NATO verkauft wird – von der „Opposition“ ebenso wie von Vorstandseite, als ob die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz moralisch höher stände als ihr amerikanisches Gegenstück. Dies ist nichts weiter als Sozialchauvinismus, d. h. Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im Kontext der immens verschärften interimperialistischen Rivalitäten. Am direktesten, und völlig unwidersprochen von irgendeiner „Opposition“, drückt es Wolfgang Gehrke aus, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion: „Augenscheinlich sei doch, dass die USA versuchen, die UNO nicht nur zu schwächen, sondern Stück für Stück zu demontieren. Deshalb sollte die PDS die UNO unterstützen, eine andersartige Politik zu entwickeln. Als Alternative dazu bliebe nur

**WORKERS VANGUARD** 50¢

Defend North Korea, China Against Imperialism and Internal Counterrevolution!

**All U.S. Troops Out of Korea Now!**



**Abonniert!**

Workers Vanguard, zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. Spartacist (englische Ausgabe) und Black History

**Luftpost DM 50,- Seepost DM 20,-**

**Zu beziehen über:** Verlag Avantgarde Postfach 5 55 10127 Berlin

Konto 1 19 88-601 Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 100 60

Association for Union Democracy  
**Lawyers for Government Union-Busting**



Spartakist

**Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Von Spartakisten initiierte prosozialistische, prosowjetische Kundgebung gegen faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. 250 000 hörten Trotzismus kontra Stalinismus. Spartakist-Extrablatt (4. April 2000) berichtet über unseren Kampf für ein Rotes Rätedeutschland 1989/90. Bestellt bei der Verlagsadresse!**

übrig, sich mit der Vorherrschaft der USA, mit der Einpöligkeit der Welt abzufinden“ (*Disput* 4/2000). Ein regelrechter Schlachtruf – deutlicher als ihn die regierende SPD bisher je abzugeben wagte –, um den Weltherrschaftsanspruch der eigenen Bourgeoisie gegen die „Vorherrschaft der USA“ zu unterstützen.

Es half dem Image der PDS, dass viele Pseudolinke während des Krieges rechts von der PDS-Rhetorik standen. So forderte der RSB während des Krieges das „Recht auf Selbstbestimmung für Kosovo“, als dies genau der Vorwand für den imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien war. Damit wollten sie notdürftig ihre Unterstützung für die Kriegsziele der Imperialisten verschleiern. Und die Mehrheitsposition des Vereinigten Sekretariats, der verrotteten „Internationale“ des RSB, ist die, dass „wir nicht alle UN- und NATO-Interventionen verurteilen können. Wir müssen jeden Fall einzeln betrachten“ (*Socialist Action* [USA], April 1999). Das ist genau die Art „Einzelfallprüfung“, die Gysi durchbringen wollte, nur inklusive der NATO! Ebenso schrie die winzige zentristische Internationale Bolschewistische Tendenz (IBT) nach „Unabhängigkeit für das Kosovo“, ansonsten ist sie berüchtigt für ihre chauvinistische Verachtung gegenüber unterdrückten Völkern, wie z. B. der Katholiken in Nordirland oder der Québécois in Kanada: Offenbar sind sie nur dort für Unabhängigkeit, wo imperialistische Gönner dahinter stehen. Dies zogen sie dann zurück, als selbst die bürgerliche Presse offen die UCK als Bodentruppen der NATO bezeichnete.

Diese BT vermerkt nun positiv, dass die PDS „auf dem Münsteraner Parteitag in der Frage deutscher Auslandseinsätze sogar zu sozialpazifistischer Opposition gegen den sozialpatriotischen Antrag von Gysi, Bisky, Bartsch, Pau und Co. fähig“ war. Doch Sozialpazifismus – das Predigen eines friedlichen Kapitalismus, bemäntelt mit „sozialistischen“ Phrasen – ist der Zwillingsbruder des Sozialchauvinismus. Lenin richtete im Ersten Weltkrieg besonders das Feuer gegen den damaligen Hauptvertreter des „linken“ und damit gefährlicheren, weil schwerer zu durchschauenden, Sozialchauvinismus: „Kautsky ‚versöhnt‘ prinzipienlos den Grundgedanken des Sozialchauvinismus, die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in diesem Krieg, mit einer diplomatischen, scheinbaren Konzession an die Linken in Form der Stimmenthaltung bei der Votierung der Kredite, der Unterstreichung seiner oppositionellen Einstellung in Worten usw.“ Die PDS-„Linken“, von denen hier die Rede

ist, treten *für* die Bundeswehr ein. So erklärte W. Wolf am 21. Januar im Bundestag für die PDS: „Wir mögen mit unserer Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht, nach massiver Reduktion der Armee und letztlich nach Abschaffung der Bundeswehr vielleicht allein stehen, obwohl dies ein Zurück zum ursprünglichen Grundgesetz ist.“ Mit „Reduktion“ wird das Eintreten der PDS *für* eine 100 000-Mann-Armee umschrieben! Die Forderung „letztlich nach Abschaffung“ der Bundeswehr schafft ein linkes Mäntelchen für die jetzige SPD-geführte Reform und verbreitet die tödliche Illusion: je kleiner die imperialistische Armee, desto friedlicher der Imperialismus. Doch die Imperialisten führen nicht Kriege, weil es Waffen gibt, sie schmieden Waffen, um Kriege zu führen, die im Kapitalismus unvermeidlich sind. Die jetzige personelle Verkleinerung der Bundeswehr hat den erklärten Zweck, diese von einer Panzerarmee gegen die Sowjetunion und die DDR zu einer weltweit schnell einsetzbaren Armee komplett umzubauen. Wir erklären: Keinen Mann, keinen Pfennig für die imperialistische Armee!

Im Konzept der PDS-Bundestagsfraktion werden die erwähnten Forderungen der PDS wie folgt begründet: „Eine militärische Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland besteht nicht.“ Und das ist das Kernargument der PDS-„Friedenspolitik“ überhaupt! Und wenn doch? Dann wird die PDS, Gewehr bei Fuß, die Arbeiter in das imperialistische Gemetzel führen, d.h. die Sozialpazifisten von heute sind die Sozialchauvinisten von morgen. Die SPD führte die Arbeiterklasse auf die Schlachtbank des Ersten Weltkriegs, eines imperialistischen Krieges um die Neuaufteilung der Welt, als sie am 4. August 1914 bei der Abstimmung der Kriegskredite im Reichstag erklärte: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“. Entgegen der PDS von Gysi bis Wolf und ihren pseudolinken Anhängseln von RSB bis BT erklären wir Spartakisten mit Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Auseinandersetzung in Münster fand ein Jahr nach dem Balkankrieg statt, in dem die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung deutsche Truppen zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs in einen Krieg führt, während sie gleichzeitig verschärfte Angriffe auf die Arbeiterklasse führt und den rassistischen Staatsterror verschärft. Dies ist ein unmittelbares Ergebnis der kapitalistischen Konter-

*Fortgesetzt auf Seite 30*

## Sachsen PDS hat keine Angst vor NPD-Abtrünnigen

Kontakte zu früherem NPD-Mitglied in Zittau wurden gründlich missverstanden

Von Michael Bartsch, Dresden

Neues Deutschland

18. Mai 2000

Sächsische PDS-Vertreter haben die Darstellung der Wochenzeitung »jungle world« über den angeblich bevorstehenden Eintritt eines ehemaligen NPD-Funktionärs in den Zittauer PDS-Kreisverband zurückgewiesen. Von Eintrittsabsichten des ausgeschiedenen NPD-Mitgliedes Gregor Janik könne überhaupt keine Rede sein, sagte Landesgeschäftsführer Rico Gebhardt. Dagegen spreche schon der mehrfach bekundete allgemeine Parteienfrust Janiks.

Gebhardt bestätigte, dass es vor etwa fünf Wochen ein Gespräch mit dem stadtbekanntem Rechtsanwalt gegeben hat. Janik war Mitte der neunziger Jahre in die NPD eingetreten und bis in den Bundesvorstand aufgestiegen, hatte die Partei aber in diesem Frühjahr verärgert wieder verlassen. Daraufhin suchte er den Kontakt mit der PDS. Voraussetzung für ein Gespräch sei die Bestätigung seines NPD-Austritts gewesen, sagte die Zittauer Kreisvorsitzende Heiderose Gläß. Sie hatte das Gespräch gemeinsam mit der für Rechtsextremismus und Antifa zuständigen Juliane Wünsche im Auftrag des Kreisverbandes geführt. Für solche Kon-

Sogar das »Antifaschisten«-Team Ostsachsens wird sich auf eigenen Wunsch am kommenden Montag mit Janik treffen. Heiderose Gläß bescheinigt dem aus Westdeutschland stammenden Anwalt immerhin eine »ernsthafte Abkehr von der »rein rückwärtsgewandten« NPD und als Initiator der Zittauer Tafel auch ein gewisses soziales Engagement. Eine Parteiaufnahme stehe nicht zur Debatte, aber die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen wie am 1. Mai könne man Janik nicht untersagen. Das gelte auch für eine solche mit Hans Modrow in der kommenden Woche.

Janik will allerdings auch ein »gesundes Nationalemplfinden« bei der PDS ausgemacht haben, gestand Landesgeschäftsführer Gebhardt zu. Für taktisch ausgesprochen unklug hält er die Mitteilung der »jungle world« über die tatsächlich erfolgte Übergabe brisanten NPD-Archivmaterials an die Antifa. Das schade der Arbeit eher. PDS-Landesvorsitzender Peter Porsch will sich zu den fortgesetzten Anwürfen wegen angeblicher Rechtslas-

Sächsische PDS hofiert Nazi und läßt sich „gesundes Nationalemplfinden“ bestätigen.

Rechts: 17. Juni, Trauermarsch in Dessau für den schwarzen Arbeiter Alberto Adriano, der von Nazis ermordet wurde



Peter Enlig/ddp

## PDS: Keine Alternative...

Fortsetzung von Seite 29

revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR 1990 und im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion 1991/92. Und es war die PDS, damals noch SED-PDS, die für die Konterrevolution der Haupttransmissionsriemen in die Arbeiterklasse der DDR war. So lösten sie die Betriebskampfgruppen, Milizen auf Betriebsebene, im Dezember 1989 auf, Modrow verkündete Ende Januar 1990 „Deutschland einig Vaterland“ und bei der Volkskammerwahl im März 1990, die ein Referendum über Ja oder Nein zur Konterrevolution war, führten sie ihre Kampagne „Wir sind ein Volk 1:1“, also für die kapitalistische Wiedervereinigung. Und die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution, die die konterrevolutionäre Kampagne der Bourgeoisie unter der Verkleidung von „Demokratie“ und „sozialer Marktwirtschaft“ anführte und z. B. gemeinsam mit Nazis in Leipzig Demonstrationen mit Deutschlandfahnen abhielt. Wir Trotzisten haben die DDR und die Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe verteidigt. Wir

verteidigten die proletarischen Eigentumsformen, d. h. die Planwirtschaft und das kollektivierte Eigentum.

Darauf basierend intervenierten wir in die sich entwickelnde proletarisch-politische Revolution 1989/90 in der DDR mit unserem Programm für ein Rotes Rätedeutschland, für die revolutionäre Wiedervereinigung, denn wir verstanden, dass Deutschland durch eine Klassenlinie getrennt war. In der DDR kämpften wir für eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie hinauszuerwerfen, und im Westen kämpften wir für eine sozialistische Revolution, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Bourgeoisie zu enteignen. Wir waren die einzige Partei, die „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagte (siehe dazu unser Extrablatt vom 4. April 2000, „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“, auch in *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000).

Die gesamte Pseudolinke, die im Kalten Krieg ihre Bourgeoisie im Namen der „Demokratie“ gegen die Sowjetunion unterstützte – z. B. waren sie alle von RSB bis GAM für die konterrevolutionäre klerikale und antisemitische Solidarität –, hat auch die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion unterstützt. Diese gleichen Linken schieben jetzt Überstunden, um die Lüge zu verbreiten, dass die PDS eine „sozialistische Partei“ wäre. So sagt der RSB: „An ihrem Ende [der Diskussion] wird sich zeigen, ob die PDS im Kapitalismus angekommen ist und endgültig den linken Flügel der bürgerlichen Parteienlandschaft einnimmt. Von der Stärke der PDS-Linken durch die Vereinheitlichung und Schärfung ihrer Positionen wird es abhängen, ob es so weit kommt, bzw. ob sich ein relevanter linker Flügel organisieren wird, der am Ende auch vor einem konsequenten Bruch nicht zurückschreckt“ (*Avanti*, Mai 2000). Ihre Perspektive ist nichts anderes, als Druck auf den linken Flügel der PDS auszuüben, der seinerseits Druck auf Gysi und Bisky ausüben will, die wiederum Druck auf die SPD ausüben wollen, die den deutschen Imperialismus verwaltet. D. h. der RSB ist der linke Rattenschwanz der Sozialdemokratie, der linke Jugendliche und Arbeiter, die nach einer revolutionären Perspektive suchen, zurück zur Sozialdemokratie kanalisiert.

W. Wolf erklärte: „Für die PDS gilt, was zuvor für die SPD vor 1914 und vor 1959 und was für die Grünen bis vor kurzem galt: Der ‚Rubico‘ zur Charakterisierung der PDS wird die Frage sein: Verweigert sie sich weiterhin dem imperialisti-

## SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-  
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-  
 Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

140

### Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin  
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

schen Krieg?“ (*junge Welt*, 22. Februar). Doch die SPD, und damit die Zweite Internationale, wurde zum „stinkenden Leichnam“ (Rosa Luxemburg), als sie am 4. August 1914 offen **auf die Seite des Klassenfeindes** übergang – sie stimmten für die Kriegskredite des Kaisers und der Kapitalisten, danach agierten sie als Bluthunde gegen die Deutsche Revolution 1918/19 und ermordeten die kommunistischen Führer Luxemburg und Liebknecht. Die Dritte Internationale hatte ihren 4. August, bzw. „Rubico“, durch die kampflose Kapitulation der KPD vor Hitler 1933, was sich in der konterrevolutionären Rolle der KP in der Spanischen Revolution Mitte der 30er-Jahre bestätigte. Die PDS hat die Arbeiter der DDR in die Konterrevolution geführt und ist genauso wie die SPD seit 1914, was Lenin eine bürgerliche Arbeiterpartei nannte: eine Partei mit einer proletarischen Basis, aber einem durch und durch bürgerlichen Programm, d. h. **sie verteidigen die Herrschaft und die Interessen der Bourgeoisie**.

Es ist notwendig, die proletarische Basis von SPD und PDS zu spalten. Im Gegensatz zu den Pseudotrotzkisten kämpfen wir darum, die fortgeschrittensten Arbeiter und Jugendlichen für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei zu gewinnen, wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki waren.

### Verteidigt China gegen kapitalistische Konterrevolution!

Heute tönt die PDS zum Thema „Menschenrechte in der Volksrepublik China“: „Auf die Ratifizierung und praktische Umsetzung der von Peking bereits unterzeichneten UN-Menschenrechtspakte ist deshalb seitens der Bundesregierung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der EU mit Nachdruck hinzuwirken“ (Carsten Hübner, 23. März). Auf was die deutschen Imperialisten in China „hinwirken“, ist eine **kapitalistische Konterrevolution**, die Zerstörung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, um ihren ungehinderten Zugriff auf die riesigen Märkte zu erlangen und vor allem auf die Arbeitskraft der chinesischen Arbeiter, aus denen sie Superprofite saugen wollen. Die PDS bietet heute ihre Dienste und ihre Beziehungen an, um die kapitalistische Versklavung nach China zu bringen! Dabei sind „Menschenrechte“ und „Demokratie“ – wie schon zuvor in der DDR und der Sowjetunion – die Codewörter für eine **kapitalistische Konterrevolution**.

Der „Linke“ Wolf kommentiert in China die Bildung „eines Manchesterkapitalismus übelster Sorte verknüpft mit diktatorischen Formen der Herrschaftsausübung“ und fordert die Distanzierung der PDS von der KP Chinas (*junge Welt*, 22. Februar 1999). So gibt dieser Sozialdemokrat der Menschenrechts-Kampagne der Imperialisten eine „linke“ Deckung. Czichon, ein Chefdenker der Kommunistischen Plattform, preist dagegen die chinesische stalinistische Bürokratie: „Doch ... ob es der Führung der KP Chinas gelingt, die Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau mit der gegenwärtigen NÖP-Politik [d. h. Freihandelszonen, Privatisierung usw.] – trotz aller Widersprüche – zu schaffen, darüber entscheiden die 61 Millionen Kommunistinnen und Kommunisten und mit ihnen die Arbeiter und Bauern in China. Und ihnen sollte in Europa die Linke nicht in den Rücken fallen“ (*Unsere Zeit*, 9. Juni). „Trotz aller Widersprüche“ heißt nichts weiter, als dass das chinesische Prole-



Udo Klein

**ÖTV-Warnstreiks im Mai. Zur Streik-Urabstimmung im Juni erklärte PDS „eine hundertprozentige Angleichung der Ost-Tarife im öffentlichen Dienst an das Westniveau [sei] nicht möglich“. Anschließend kanalisierte sie die Wut über die Ungleichheit der Löhne in Ost-Nationalismus**

tariat sich nicht rühren soll, heißt Rechtfertigung der Unterdrückung von Streiks und Aufständen der chinesischen Arbeiter gegen die Folgen der „Marktrefor-men“ und der Unterminierung der sozialen Errungenschaften der Chinesischen Revolution. Das ist das gleiche Programm, das Czichon und Co. 1989/90 den Arbeitern in der DDR gepredigt haben und deren Folgen wir heute in Ostdeutschland sehen können. Und über die „Einheit der PDS“ sind sich sowohl Wolf als auch Czichon einig.

Wir Trotzisten dagegen stehen für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, Kuba, Vietnam – gegen innere und äußere Konterrevolution! Diese Verteidigung basiert auf dem proletarischen Klassencharakter dieser Staaten, der vergesellschafteten Planwirtschaft, die das Ergebnis sozialer Revolutionen ist, die die Herrschaft der Kapitalisten zerstörten. Heute finden massenhaft Verteidigungskämpfe des chinesischen Proletariats gegen die Verelendung durch die „Marktrefor-men“ der stalinistischen Führung statt. Das chinesische Proletariat muss eine revolutionäre trotzkistische Partei schmieden, die die Arbeiterklasse in einer politischen Revolution führt, um die stalinistische Kaste zu stürzen und eine Räteherrschaft zu errichten (siehe den Artikel zu China auf der Titelseite).

Die Russische Revolution 1917 unter Führung der Bolschewiki war es, die den Ersten Weltkrieg beendete. Die programmatischen Grundlagen, die Lenin für die neugegründete Dritte Internationale formulierte, sind für Kommunisten unverändert gültig: Jede Partei „ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei ‚demokratische‘ Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten“ („Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“, II. Weltkongress). Unser Ziel ist es, die Weltpartei der sozialistischen Revolution aufzubauen, die wiedergeschmiedete Vierte Internationale, die für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft!■

# SPARTAKIST

## Nur sozialistische Revolution kann imperialistische Kriege stoppen!

# PDS: keine Alternative zu SPD-Kriegstreibern

Vom 7. bis 9. April fand der PDS-Parteitag in Münster statt, auf dem die Parteiführung um Gysi und Bisky eine „Einzelfallprüfung“ für die Zustimmung der PDS zu UN-Kriegseinsätzen durchbringen wollte, was nichts weiter ist, als den Weg für die Unterstützung deutscher Truppen frei zu machen. Dies führte zu einer Debatte und Polarisierung in der PDS. Gysi drohte mit dem Ausschluss der Oppositionellen. Eine „linke“ Minderheit um Winfried Wolf und Jens Uwe Heuer im Parteivorstand stellte einen Gegenantrag. Der Antrag der Parteiführung wurde mit großer Mehrheit der Delegierten abgeschmettert und stattdessen der Antrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann angenommen, der die bisherige Position der PDS bestätigt und im Kern besagt: „Die PDS lehnt aus all diesen Gründen UN-mandatierte Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab“ (wonach der Sicherheitsrat der UNO beschließen kann, mit militärischen Mitteln in Konflikte einzugreifen). Daraufhin kündigte Gysi seinen Rücktritt an. Modrow warf sich ins Zeug, um die Einheit in der PDS wiederherzustellen, und stellte mit Erfolg einen Antrag, der dem von Kaufmann angehängt wurde: „Die von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen wird die PDS entsprechend ihrer Grundpositionen in jedem Fall prüfen“, sprich „Einzelfallprüfung“ in Raten.

Der Vorstoß von Gysi und Co. rief helle Empörung innerhalb der PDS-Basis und bei linken Jugendlichen hervor, die gegen Krieg sind und die Antikriegsrhetorik der PDS während des Balkankrieges voriges Jahr für bare Münze nahmen. Gerade im Osten Deutschlands, wo die PDS ihre Basis hat, waren mehr als 60 Prozent der Bevölkerung gegen den Krieg gewesen. Das Ziel Kaufmanns, mit der unentbehrlichen Hilfe der PDS-

Linken, war es, einen Bruch dieser Basis von der PDS zu verhindern. Ihr Kernargument ist, wie der PDS-„Linke“ Winfried Wolf, MdB und Ex-Führer des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS), lobend hervorhebt, „dass es noch nie einen UN-Kampfeinsatz gegeben hat, in dem zuvor alle Möglichkeiten zur zivilen Konfliktbereinigung ausgeschöpft wurden“ (*Sozialistische Zeitung*, 13. April). Es wird also behauptet, UN-Kampfeinsätze, d.h. imperialistische Interventionen, seien irgendwie „zivil“ vermeidbar; was also die „Linken“ in der PDS verbreiten, ist die Lüge von der Möglichkeit eines „friedlichen Imperialismus“. Doch Imperialismus ist nicht einfach eine schlechte Politik, sondern das höchste Stadium des Kapitalismus. Wie der bolschewistische Führer Trotzki 1938 kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erklärte: „Die Ursache für den Verfall [des Kapitalismus] liegt darin, daß die Produktivkräfte durch das System des Privateigentums ebenso wie durch die Grenzen des Nationalstaates gefesselt sind. Der Imperialismus sucht die Welt zu teilen und neu aufzuteilen... Ein von Imperialisten

Fortgesetzt auf Seite 26



Berlin, 24. März 1999: Spartakisten intervenieren am ersten Tag der Bombardierungen bei PDS-Protest gegen den Krieg. Rechts: Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga, die am 1. Mai in 15 Ländern verkauft wurde